



Tacheles

Ausgabe 17



kritisch solidarisch lokal



Spendenempfehlung 0-5 Euro



Queere Rechte werden immer weiter eingeschränkt und angegriffen, Antifas sind zunehmender Repression ausgesetzt, die Lage für Geflüchtete spitzt sich zu. Wir wehren uns – geschlossen und solidarisch! (Bild: Tacheles Redaktion)

Pride – Until All Are Free!

Gesundheit als politische Waffe Über das menschenfeindliche Phänomen der Unversicherten

Jedes Mal, wenn ich wieder einen überheblichen Kommentar unter einem Reel sehe, der sich über das Gesundheitssystem in den USA lustig macht, um im nächsten Atemzug den deutschen Verhältnissen auf die Schulter zu klopfen, frage ich mich: Weiß dieser Mensch, dass es auch hier in Deutschland Leute gibt, denen eine Krebsbehandlung verwehrt wird, weil sie nicht genug in Vorkasse gehen können? Dass es Menschen gibt, die ihre HIV-Medikamente nicht einnehmen können, weil das Geld fehlt? Es ist kein ausschließlich amerikanisches Phänomen, dass Gesundheitsversorgung in wohlhabenden Ländern keine Selbstverständlichkeit ist, sondern betrifft auch hier, und auch in Aachen, sehr konkret sehr viele Menschen. Das Leben ohne eine Krankenversicherung ist ein Kristallisationspunkt, an dem verschiedenste Formen der Marginalisierung zusammenlaufen, und über den leider immer noch viel zu wenig gesprochen wird. Genaue Zahlen, wie viele Menschen in Deutschland ohne eine Krankenversicherung leben, gibt es leider nicht, aber

Schätzungen gehen von bis zu 1.000.000 Betroffenen aus. Wenn man sich anguckt, welche Personen betroffen sind, wird schnell deutlich: Sie gehören oft Randgruppen an. Es sind Menschen, die durch das soziale Netz fallen. Illegalisierte, also Menschen, die ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland leben und Gefahr laufen, abgeschoben zu werden, wenn dies bekannt wird, Obdachlose, in der Prostitution tätige FLINTA*, ehemalige Häftlinge... Sie alle haben gemeinsam, dass sie im öffentlichen Interesse vergleichsweise unsichtbar sind, und ihre Lebensumstände lassen wenig Raum, sich mit diesem Problem bemerkbar zu machen. Oder die Gesellschaft hört einfach nicht zu. Auch innerhalb linker Räume erlebe ich einen Mangel an Diskurs über die Situation, obwohl die Betroffenen wirklich dringend auf Solidarität angewiesen sind.

►►► Weiter auf Seite 4

Rechte Angriffsreihe in Aachen Von „uneindeutigen“ Hakenkreuzen und einer Häufung von Einzelfällen

In der Nacht vom 25. auf den 26. Juni drangen Unbekannte in das indische Restaurant Maharaja in Aachen ein, zündeten mit Feuerwerkskörpern einen Stuhl an und verwüsteten den Laden. An den Wänden wurden vorwiegend rechte Parolen oder Symbole hinterlassen, wie mindestens ein Hakenkreuz, ein „Sieg Heil“- und ein „Ausländer Dicks“-Schriftzug. Daneben gab es weitere uneindeutige Sprühereien, die eher wie stumpfe Sachbeschädigung wirken. Zudem wurden mehrere Feuer gelegt. In den darüber liegenden Wohnungen leben 32 Personen, die durch den Angriff wissentlich in Lebensgefahr gebracht wurden. Die Staatsanwaltschaft Aachen veröffentlichte danach, dass nicht von einem rechten Hintergrund ausgegangen werden könne, da die Sprühereien zu uneindeutig und wahllos seien. Die



Soli-Banner vor dem Maharaja in Aachen.

(Bild: Privat)

Polizei würde in alle Richtungen ermitteln. Was für ein Hohn – als wäre nach den Morden des NSU, in Hanau und all den weiteren rassistisch motivierten Anschlägen immer noch undenkbar, dass in Deutschland Gewalt von (Neo-)Nazis ausgeht.

►►► Weiter auf Seite 2

EDITORIAL

In Aachen und Umgebung häufen sich rechte Angriffe wie zuletzt auf das indische Restaurant Maharaja. Dessen Betreiber*innen stießen auf eine überwältigende Welle an Solidarität. Trotzdem bleibt ein bedrohliches Gefühl angesichts der Zunahme rechter Gewalt zurück, auch auf linke und queere Räume oder Pride-Veranstaltungen. Maja hat nach 40 Tagen den Hungerstreik beendet, die Haftbedingungen für Antifaschist*innen in Ungarn sind unmenschlich, Zaid ist ebenfalls von einer Auslieferung bedroht, mehr Antifaschist*innen wurden festgenommen. Währenddessen herrscht in Gaza weiter Hungersnot, und immer noch fallen Bomben. Weiterhin sind israelische Geiseln in der Gewalt der Hamas. Und gleichzeitig verteidigen allen Ernstes noch Menschen die rechtsextreme israelische Regierung und ihre Kriegsführung. Immer noch scheinen Menschen die Hamas als „Freiheitskämpfer“ zu glorifizieren. Oft scheint eine selektive Empathie für eine der beiden Seiten zu herrschen. Und trotzdem gibt es auch unzählige Menschen, die sich in diesem nicht enden wollenden Konflikt für Verständigung, Empathie und Frieden einsetzen. Unsere Solidarität bleibt weiter nicht auf der Seite von Staaten, sondern von Unterdrückten, für das Überleben und gegenseitige Hilfe, für Autonomie. Der Krieg ist inzwischen wieder ein so konstantes Thema, dass Schock, Trauer und Wut manchmal fast ausbleiben; das Sterben im Iran, in Gaza, in Israel, in der Ukraine und im Mittelmeer kommt meist nur noch als regelmäßige Aufzählung der neuesten Zahlen rüber – wie die Börse

oder der Wetterbericht. Dass letzterer auch schon genug Grund zur Sorge ist, fällt meist unter den Tisch. Und das zu einem Zeitpunkt, an dem die Weltgemeinschaft eigentlich entschlossen gegen den Klimawandel handeln müsste. Sich abgestumpft und machtlos zu fühlen ist eine nachvollziehbare Antwort auf einen konstanten Strom an Katastrophen, von denen jede einzelne eigentlich schon zu viel wäre. Lasst uns nicht zulassen, dass das Unerträgliche zur Normalität wird! Wenn die Mächtigen uns im Stich lassen, bleibt nichts anderes übrig als sich selbst zu ermächtigen. Für die Regierung sind die Rechte von LGBTQIA*-Menschen keine Priorität mehr (als ob sie es jemals gewesen wären). Die USA und Großbritannien machen vor, wie Entrechtung queerer Menschen geht – es scheint nur eine Frage der Zeit, bis Deutschland nachzieht. Wenn CSDs behördlicher Schikane und Bedrohungen von Rechtsextremen ausgesetzt sind, heißt unsere Antwort laut sein, Sichtbarkeit, Selbstschutz und Kampfgeist. Egal ob politische Repression, Abschiebungen, rassistische oder sexistische Gewalt – Solidarität ist das Mittel der Wahl, jetzt mehr denn je. In dieser Ausgabe findet ihr Texte und Inhalte, die informieren, inspirieren, unterhalten und vielleicht auch ein bisschen Mut machen. Denn morgen geht es weiter, und wir haben in der Hand, was wir damit anfangen.

Tacheles Redaktion

Was steckt drin?

Lokal: Rechte Angriffsreihe in Aachen • Jugend und Repression • Zwiebeltalk 2

Lokal: Protest gegen Studiengebühren • Bericht eines ehemaligen Arbeiters von Flink 3

Lokal: Gesundheit als politische Waffe 4

Festung Europa: An interview about how the shift to the right in society impacts refugees • Stellenausschreibung • Gedicht • Flachwitz 5

Queerfeminismus: Antifeminismus als Gefahr erkennen • Szene-Glossar 6

Queerfeminismus: CSD – Zwischen Spaß, Kapitalismus und Nazis • Buchrezension: Patriarchat der Dinge 7

Kapitalismus ohne Demokratie? 8

Buchvorstellung • Damals Jetzt • Umfrage Klostebesetzung 9

Gemüse im Kopf • Aktivismus und Mutualismus 10

Klimagerechtigkeit: Prosa: Klimaaktivistin • Essen ist politisch 11

Horoskop • Gedicht • Kreuzworträtsel • Fehler-teufel 12

Rechte Angriffsreihe in Aachen

Von „uneindeutigen“ Hakenkreuzen und einer Häufung von Einzelfällen

►►► Fortsetzung von Seite 1

Als ob es so unwahrscheinlich wäre, dass das Motiv reiner Rassismus ist. Eigentlich muss es doch heißen: Alles deutet auf einen rechten Angriff hin, es kann aber nicht definitiv ausgeschlossen werden, dass es weitere Motive oder ein anderes Hauptmotiv gab. Und: Das Verwüsten eines migrantisch geführten Ladens und Hinterlassen von rassistischen Botschaften ist rassistisch, egal was das Hauptmotiv ist. Der Angriff wird außerdem auf Anerkennung und Nachahmung bei Nazis und Rechten stoßen, ob das durch die Täter*innen gewollt war oder nicht.

Die Bedrohung durch Nazis wird immer akuter – das ist keine Zukunftsmusik, es findet längst statt. Nachdem sich mehrere Läden in Aachen mit dem Maharaja öffentlich solidarisierten, darunter das Studio CLAY, fanden dessen Betreiber*innen Kothaufen, teilweise garniert mit angekorkelten Flyern, vor. In der Umgebung befanden sich rechte Sticker und frisch abgekribbelte linke Sticker. Das riecht doch geradezu nach Drohungen von weiteren (oder den selben?) Rechten, die auf den Zug mit aufgesprungen sind. Die Message

Vorstellung

Zwiebeltalk

Hey, wir sind Zwiebeltalk – der Podcast über politisches und kulturelles Engagement in Aachen. Seit Anfang des Jahres läuft unser Podcast-Projekt, das aus dem Sommerprotestfest L'isola entstanden ist.

Mit unseren beiden Formaten – den wöchentlichen Zwiebeltalk nAACHrichtEN und dem längeren Zwiebeltalk Interview – verfolgen wir das Ziel, die linkspolitische und kulturelle Szene Aachens leichter zugänglich und die vielen Veranstaltungen und engagierten Gruppen sichtbar zu machen.

Ob Demo, Küfa, Soli-Kneipe oder Konzert: Im Zwiebeltalk erfahrt ihr, was in Aachen läuft, wo ihr mitmachen könnt und welche Gruppen gerade was auf die Beine stellen. Unser kleines Podcast-Team steckt noch in den Kinderschuhen, trifft sich einmal pro Woche in einer WG-Küche, recherchiert, was in Aachen abgeht, und nimmt dann mit einem Mikrofon mit aufgeklebten Wackelaugen (montiert auf einem Kochlöffel!) die neueste Folge auf.

Der Podcast ist für Aachen und all die engagierten Menschen, die einen Haufen Arbeit und sehr viel Energie in die Organisation einer Veranstaltung stecken. Deshalb meldet euch gerne bei uns über zwiebeltalk@lisola-aachen.de oder über unseren Instagram-Account: @diezwiebels, wenn ihr wollt, dass wir eure Veranstaltung ankündigen. Wenn ihr mehr über eure Arbeit erzählen wollt und Lust auf ein Interview habt – schreibt uns auch.

Zu hören ist der Zwiebeltalk überall da, wo es Podcasts gibt. Hört rein, empfiehlt uns weiter und lasst es zwiebeln!

Zwiebeltalk



ist klar: Angst und Einschüchterung statt Solidarität.

In der Nacht vom 25. Juni blieb dies aber nicht der einzige rechte Angriff. In Düren wurde die Scheibe der Fachstelle für Sexualität und Vielfalt, einer queeren Einrichtung, mit dem Code 1161 beschmiert. Das ist ein extrem rechter Zahlencode und steht für Anti-Antifa. „Solche Taten sind kein Einzelfall. Sie sind Teil eines Klimas, in dem queeres Leben angegriffen, eingeschüchtert und entwertet werden soll“, heißt es im Statement der Fachstelle zu dem Angriff. Kurz darauf wurde außerdem das Auto einer Mitarbeiterin in der Nähe der Fachstelle demoliert. Das ist eindeutig als persönlich gemeinte Bedrohung einzuordnen. Die Fachstelle für Sexualität und Vielfalt schreibt dazu: „Es wäre schlichtweg unehrlich, zu behaupten, dass uns das alles keine Angst macht. Aber wir lassen uns nicht zum Schweigen bringen. Wir werden nur noch lauter!“

Das sind wichtige Worte in Zeiten, in denen Politiker*innen queere Sichtbarkeit und Sicherheit zu einem „Zirkus“ kleiden wollen.

Zu dem Klima der Bedrohung von queerem Leben gehören auch die vielen Angriffe und Störaktionen von Neonazis gegen CSD-Veranstaltungen in den letzten Jahren. So wurde am 28. Juni der CSD in Heinsberg/Hückelhoven von einer Gruppe Rechter bedroht. Die Gruppe um Aaron S., der bereits auf der großen Neonazidemo am 18. Januar 2025 in Aachen in Erscheinung trat, posierte mit Deutschlandfahnen, provozierte und propagierte LGBTQIA*-feindliche Inhalte. Die Polizei sprach wegen drohender Handgreiflichkeiten einen Platzverweis gegen die Gruppe aus. Auch auf das Rollo des linken Zentrums in Aachen wurde kürzlich ein Hakenkreuz gemalt. In diesem Kontext reiht sich auch die Angriffsreihe auf das Queerreferat und den Rainbow e.



Aaron S. in Deutschlandfahne gehüllt bei der CSD Veranstaltung in Hückelhoven.

(Bild: Privat)

V. im letzten Jahr ein (die Tacheles berichtete). Rechte Sprühereien im Stadtbild nehmen zu, wie etwa als letztes Jahr die Adalbertstraße mit Hakenkreuzen beschmiert wurde. Vor allem in den Aachener Außenbezirken und Vororten ist dies vermehrt zu beobachten.

Es häufen sich also zahlreiche rechte Angriffe. Weder durch die Medien, vor allem nicht durch die lokalen, noch durch die Polizei werden die Zusammenhänge erkannt oder thematisiert. Seit Jahren stellen wir die gleichen Fragen, doch sie werden drängender. Wie soll man sich (falls man das jemals getan hat) auf die Polizei verlassen, wenn nicht mal bei eindeutig rechten Symbolen wie Hakenkreuzen ein Verdacht auf einen rechtsextremen Hintergrund gesehen wird? Zählt das immer noch als Naivität oder bestenfalls bewusstes Augenverschließen? Oder müssen wir von Täterschutz bis hin zu Kompliz*innenschaft ausgehen, wie auch beim NSU 2.0 und zahlreichen anderen rechten Netzwerken? Die Zunahme von rechter Gewalt und Nazipräsenz auf unseren Straßen ist eine direkte Folge der gesellschaftlichen Diskursverschiebung. Die CDU/CSU und viele weitere rechtskonservative Akteure, aber auch Personen und Gruppierungen, die sich selbst in der „Mitte“ verordnen

würden, übernehmen rechte Propaganda. Der Kulturkampf von rechts nimmt an Fahrt auf. Der massive Rechtsruck der letzten Jahre gibt Neonazis ein immer größeres Gefühl von Rückhalt in der Gesellschaft, sodass sie sich sicherer dabei fühlen, so eine Scheiße abzuziehen. Die in der Propaganda der AfD und anderer neuer rechter Organisationen markierten Feindbilder werden immer öfter Ziel von physischer Gewalt. Auch Sprühereien und Sachbeschädigungen schaffen ein bedrohliches Klima für migrantisierte Menschen, Queers und Linke. Aber es gibt auch Gegenwind: Nach dem Angriff auf das Maharaja haben sich viele Menschen solidarisch gezeigt, in den ersten Tagen beim Aufräumen geholfen und insgesamt 31.834 Euro für die Instandsetzung des Restaurants gespendet. Am auf die Tat folgenden Wochenende demonstrierten 400 Menschen in Aachen gegen Rassismus und rechte Gewalt. Von dieser Solidarität brauchen wir mehr und aus ihr muss ein wehrhafter Antifaschismus wachsen. Wir müssen uns als Nachbar*innen, Freund*innen, Genoss*innen und Mitmenschen selber schützen und uns wehren. Dem Faschismus entgegen!

Tacheles Redaktion

Jugend und Repression

Organisierung und der Umgang mit Repression

In der Zeit, in der wir politisch organisiert sind, war das Thema Repression und der angemessene Umgang damit ein konstanter Begleiter. Mehr noch, Repression ist ein formendes Element unserer Art, politisch zu agieren und war sogar für einen Teil unserer Gruppe der Anstoß, sich zu organisieren. Wir können immer wieder zwei Dinge festhalten:

1. Repression wirkt. Sie erschwert antifaschistische Arbeit. Anzeigen und Prozesse kosten Geld, Energie und Nerven, Gewalterfahrungen können traumatische Folgen haben. Repression zwingt viele politische Aktivist*innen, sich klandestin zu organisieren, was massive Hürden gegenüber Sympathisant*innen verursacht.
2. Repression wirkt. Sie radikalisiert Menschen und bricht das letzte bisschen Vertrauen in den Staat. Selten werden die Fehler dieses Systems persönlich so greifbar, wie wenn du oder deine Freund*innen von Bullen verprügelt werden, weil ihr für etwas objektiv Gutes demonstriert.

In Aachen hatten wir am 29. September 2024 und am 18. Januar 2025 zwei solcher besonderen Momente. Im September wurde eine kleine Veranstaltung der Jungen Alternative Köln mit Irmhild Boßdorf und dem Neonazi Ferhat Sentürk verhindert und im Januar wurde mit mehreren tausend Antifaschist*innen eine Nazi-Demo durch Aachen gestört. Diese Tage waren von der Art und der Planung sehr verschieden, haben aber die Gemeinsamkeit, dass an beiden Tagen für viele Freund*innen und Mitschüler*innen von uns die Polizei entzaubert wurde. Gerade am 18. Januar waren viele Jugendliche spontan an Blockaden beteiligt und haben jetzt das Bedürfnis, sich weitergehend zu organisieren. Nach der Eskalation durch die Bullen im September in Köln, bei der viele Personen lange Zeit im Polizeikessel saßen, wurden alle

Beteiligten solidarisch in Empfang genommen. Leute haben gekocht, Tee gemacht und es wurde niemand mit der Gewalt und den anderen schlimmen Erfahrungen allein gelassen. Der Repression wurde gemeinsam und entschlossen entgegengetreten und Solidarität wurde spürbar. An solchen Tagen wird deutlich, wie stark wir als solidarisches Kollektiv sind. Solche Tage machen Mut und stärken die Gewissheit, dass man sich aufeinander verlassen kann.

Solidarität ist das, was uns stark macht. Sie ist die Grundlage für unsere lokale Arbeit. Ohne die Freund*innen aus anderen Kontexten und Strukturen wären wir oft aufgeschmissen. Und auch der Umgang mit den ersten Anzeigen ist einfacher, wenn man erfahrene Genoss*innen hat, mit denen man diese überstehen kann. Zum

Beispiel konnten wir lernen, dass Repression einen nicht sofort handlungsunfähig macht, wenn man sie gemeinschaftlich auffängt. Fakt ist: Die Repression wird in Zukunft tendenziell härter. Deshalb werden Antirepressionsstrukturen umso wichtiger. Also appellieren wir an alle, vor allem an die jungen Gruppen: Wenn ihr was vorhabt, macht das deshalb lieber jetzt als später. Denn gerade Strafen aus dem Jugendstrafrecht kann man gut zusammen stemmen. Lasst euch dabei nicht packen, sagt den richtigen Leuten Bescheid, damit sie wissen, wo ihr steckt. Und lasst eure Handys zu Hause. Reels sind zwar cool, aber Handys bei den Bullen sind echt herbe der Abfuck.

Antifa Jugend Aachen



Polizeigewalt am 18.01.25 in Aachen, die Verfahren gegen die Cops sind mittlerweile eingestellt. (Bild: Privat)

Studiengebühren – ein Instrument rassistischer Klassenherrschaft

Das deutsche Bildungssystem ist längst kein neutraler Ort mehr. Es ist ein Spiegel der Machtverhältnisse in dieser Gesellschaft, in der weiße, privilegierte Studierende bevorzugt werden, während Migrant*innen wieder einmal systematisch ausgegrenzt werden. Die geplanten Studiengebühren an der RWTH Aachen – 3.000 bis 5.000 Euro pro Semester für Nicht-EU-Studierende – sind ein klares Zeichen: Bildung wird zur Ware und das Kapital entscheidet, wer hier überhaupt studieren darf. Dieser Angriff ist kein Zufall, sondern Teil einer Strategie der herrschenden Klasse, die rassistische Spaltung bewusst einsetzt, um ihre soziale Ordnung zu sichern. Migrantische Studierende aus Familien, die ohnehin schon am Rand der Gesellschaft stehen, werden systematisch abgewertet. So wird soziale Mobilität verhindert und die Privilegierten sichern sich gnadenlos und weiterhin ihren Platz an der Sonne. Der Staat garantiert die Vormachtstellung weißer Eliten, indem er den Zugang zur Universität an Geldbeutel und Herkunft knüpft. Die Hochschule, einst Ort der Befreiung und Emanzipa-

tion, wird zur Maschine kapitalistischer Auslese – brutal, kalt und unerbittlich. Doch wir lassen uns nicht spalten! An der RWTH wächst eine kämpferische Bewegung, die zusammensteht und sich nicht klein kriegen lässt – „Students Against Fees“. Migrantische Studierende mit solidarischen Kommiliton*innen machen klar: Dieser Kampf gegen Studiengebühren ist Teil des Klassenkampfes. Nur gemeinsam können wir die zerstörerische Logik von Konkurrenz, Ausgrenzung und Rassismus zerschlagen. Diese Bewegung fordert nicht nur kostenlose Bildung für alle, sie fordert das Ende der rassistischen Spaltung und die Abschaffung der kapitalistischen Verwertung von Menschen. Solidarität ist unsere schärfste Waffe im Kampf gegen diese herrschenden Verhältnisse.

Chili

Mehr Infos auf Instagram:
@studentsagainstfees



Demo gegen Studiengebühren in Aachen.

(Bild: Privat)

Ausgeliefert Bericht eines ehemaligen Arbeiters von Flink

Im letzten Jahr haben sich erneut mehrere Arbeiter von Flink bei uns gemeldet – Anlass war mal wieder die Praxis von Flink, mit ihren Arbeiter*innen umzugehen, wie es ihnen gerade in den Kram passt. Dabei handelt Flink ohne jegliche Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse oder Sicherheit der Arbeiter*innen, geschweige denn die Umsetzbarkeit der geforderten Arbeitsleistungen. Dabei setzt selbst einfachstes Arbeitsrecht ihrem Verhalten keine Grenzen (siehe dazu auch „Klage gegen Flink“ in Tacheles Ausgabe 15). Wir wollen hier einen dieser Arbeiter von Flink zu Wort kommen lassen, dessen Erfahrung beispielhaft für ein System steht, in dem Flink und ähnliche Unternehmen bewusst Arbeiter*innen in prekären Lagen einstellen. Diese können sich nur schwer gegen das Vorgehen wehren, weil ihr Lebensunterhalt und häufig auch ihr Visum an den Arbeitsverhältnissen hängt. Der Verlust des Jobs kann hierbei im schlimmsten Fall zur Abschiebung führen. Es lässt sich häufig beobachten, dass Menschen dazu neigen, ihre eigene prekäre Situation zu rationalisieren und zu rechtfertigen. Wir können von Menschen nicht erwarten, radikale klassenkämpferische Thesen zu formulieren, die häufig eh nicht mit Inhalt gefüllt werden können. Stattdessen müssen wir gemeinsam einen Weg zu einer klassenkämpferischen Theorie und Praxis finden.

Es folgt ein Bericht eines Arbeiters bei Flink, in englischer Sprache:

When I first came to Germany, job opportunities were limited because I didn't speak German. After seeing Flink riders working near our building, I applied and started working there. In the beginning, things were quite relaxed. Our hub manager was rarely present, and the workplace lacked structure. Because there weren't many orders, the workload wasn't intense either. Still, we had some recurring issues – for instance, the delivery boxes on the bikes would sometimes fall off, and for a long time, no one took responsibility for fixing them. Occasionally, other riders would attempt to make repairs themselves. About a year later, a new manager was appointed. Not long after his arrival, around ten riders were let go. Presumably, they were dismissed due to underperformance, as the work environment had not been properly managed until that point. After the new manager took over, the hub became more organized and the bikes were maintained more regularly. However, with so many people suddenly fired, many of us started worrying about our own job security. Some even began searching for other jobs, just in case. We weren't really informed ab-

out any of these changes. Soon after, the app began displaying our delivery times in real-time. Not only that – it also started warning us when we were “late.” Since this feature was new, the data wasn't always accurate. Personally, I didn't find this to be a helpful policy. It created unnecessary pressure. I noticed some riders – especially at night – began taking risks in traffic just to avoid being marked late. At the same time, our hub manager introduced a new “reward” system: the fastest rider of the month would receive two Too Good To Go bags. I'll let you decide how motivating that really was. To be fair, there were riders who didn't follow the rules. Some would hang around the hub chatting instead of marking themselves as “available” in the app. If you didn't do that, you wouldn't receive any new deliveries. The new manager tried to crack down on this, but the fear of being fired became so widespread that I remember feeling anxious even about taking a short bathroom break. Technically, you're allowed to use the restroom or drink water, but there's no option in the app to mark a short break. There's no clear limit, either. If you needed a 20-minute break due to an emergency, there's a chance you could be penalized – but no one really knows. During this time, more people were dismissed – sometimes without being given a clear reason. I'm not suggesting that everyone was following the rules, but management seemed to rely more on firing people than on communication or constructive supervision. Their approach felt unprofessional and distant. Most Flink riders are Master's students. I wasn't. I came to Germany with my wife, who works, so we were financially more stable. When I felt overwhelmed, I would open up my shifts for others to take. According to the system, you have to make yourself available for 150% of your contracted hours. You can release assigned shifts for others to take, but they're not always picked up. My contract was for 20 hours, but I was usually given no more than 18. That didn't bother me too much, but many of my colleagues were unhappy about it. As you can imagine, these students not only have to pass their exams but also learn German. While I could dedicate more time to language learning, many others struggled to find time beyond their studies and work. Only a few arrived already speaking German. Many of them had dreams of building a better life here, but found themselves doing physically demanding delivery work instead. Despite being engineers or other professionals in their home countries, they had to choose this job to survive. Over time, it led many to question whether they had made the right decision.

As things got busier, we were asked to carry four bags at a time. But our bikes weren't designed for that. Many of us tried to squeeze the extra bag into the back somehow. Eventually, management introduced a front-mounted bag, but having a heavy load on the handlebars is risky and can affect balance and safety. I probably don't need to explain what it's like delivering orders with multiple bottles of beer or heavy drinks. It's common, and it's simply treated as a normal part of the job. I'm not even counting the huge 8-9 bag orders that came in occasionally. Later, they introduced bikes that could technically carry that amount – but these so-called e-bikes were actually weaker than standard ones. I still don't know who makes these decisions or why we're never consulted. Last summer, I enrolled in a government funded B2 German course. I attended daily, so I worked fewer shifts and opened many of them up for others. If no one picked them up, I worked them myself. But I guess this didn't sit well with our hub manager. One day, I received a new contract proposing fewer hours. I didn't sign it. When asked why, I explained that my course was temporary and I'd soon be able to work more again. A month later, I started receiving shifts in Mönchengladbach – where I don't live. I didn't go,

and eventually, I was dismissed. I still don't fully understand my manager's overly aggressive approach. It seemed he was more focused on improving statistics in Aachen to boost his own career. He systematically got rid of anyone who didn't fit into his vision and probably saw himself as completely justified. Before I left the team's WhatsApp group, he had set his profile photo as the North Korean leader and claimed he was “better than him”. When someone scratched his car, he offered €100 to anyone who revealed the culprit. To be honest, I'm not too sad for myself. I was planning to leave anyway. But I do feel sorry for the people still working there. Their families might proudly say their children are studying abroad, but they come home exhausted after hours of riding in the snow or rain and still have to prepare for exams. Winter shifts can literally freeze your body. In the rain, there's no way to avoid getting soaked. And they can't afford to complain – because if they can't prove they're earning enough money, their residence status and student visas are at risk. That's why, at the very least, I'm glad I can share this story.

FAU Aachen



Unfälle als kalkuliertes Risiko.

(Bild: Privat)

Gesundheit als politische Waffe

Über das menschenfeindliche Phänomen der Unversicherten

►►► Fortsetzung von Seite 1

Da in Deutschland seit 2009 eine Krankenversicherungspflicht besteht, erleben die meisten diese Absicherung als etwas Selbstverständliches.

Doch wer seinen Versicherungsstatus durch Beitragsschulden, einen langen Aufenthalt im Ausland oder in Haft verliert, kann und darf zum Teil nicht mehr in die Krankenversicherung zurückkehren. Auch wer Anspruch auf Sozialleistungen hat, aber es nicht bewältigt bekommt, diese geltend zu machen oder wer aus dem EU-Ausland hierher kommt, steht oft ohne Gesundheitsabsicherung da. Und vor allem illegalisierte Personen haben keinerlei Chance auf eine Krankenversicherung.

Wenn sich das Sozialamt mit den Sozialleistungen (und damit der Krankenversicherung) konsequent querstellt, wenn einzig die Geburtsurkunde als Dokument noch fehlt, oder Haftinsass*innen erzählen, dass sie ihren Antrag auf Krankenversicherung nicht im Voraus, sondern erst nach Ende ihrer Haft stellen dürfen (dessen Bearbeitung dann dauert, man kennt ja deutsche Ämter), dann stellt sich die Frage: Ist das alles ein Versehen, ein Fehler des Systems, oder ist das so gewollt?

Besonders bei Fällen Illegalisierter wird immer wieder von politischen Akteur*innen explizit darauf verwiesen, dass man den Zugang zu Gesundheitsversorgung durchaus mit dem Hintergedanken der Abschreckung vorenthält. Gesundheit wird zu einem Instrument gemacht, die Krankheit zu einer Waffe.

Wer illegalisiert ist, könnte in Krankheitsfällen zum Sozialamt gehen, sich einen Behandlungsschein abholen und damit dann eine Gesundheitsversorgung entsprechend dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. An der Sache gibt es jedoch einen kleinen Haken: Das Sozialamt ist in diesem Fall verpflichtet, sämtliche Daten über diese illegalisierte Person sowie ihren Aufenthaltsort an das Ausländeramt zu melden. Sich als illegalisierte Person im Krankheitsfall Zugang zu medizinischer Versorgung zu erwirken, bedeutet, sich der Gefahr einer Abschiebung auszusetzen.

Das sorgt aber – entgegen den Aussagen einiger Politiker*innen – nicht dafür, dass Leute sich in ihre Herkunftsländer (und damit die Lebensumstände, vor denen sie geflohen sind) zurückbegeben, um zum Arzt zu gehen. Stattdessen werden Menschen so tiefer in ihre Krankheit und Schmerzen und im schlimmsten Fall in ihren Tod getrieben, obwohl dies oft vermeidbar wäre.

Es entsteht der Eindruck, man wolle Menschen, wenn man sie durch diese unterlassene Hilfeleistung schon nicht in ihre Herkunftsländer zurückzwingen kann, wenigstens für ihre Anwe-

senheit abstrafen, indem man sie unzumutbare gesundheitliche Zustände erleiden lässt.

Es gibt eine Ausnahme, bei der unversicherte Menschen – zumindest laut Gesetz – zwingend das Recht auf Gesundheitsversorgung haben: In einem akuten Notfall müsste eigentlich ohne wenn und aber im Krankenhaus behandelt werden – ohne eine anschließende Weitergabe von Daten und auch dann, wenn vermutet wird, dass mögliche Rechnungen im Anschluss nicht bezahlt werden, weil Patient*innen falsche oder keine personenbezogenen Daten angeben. Leider setzen sich viele Krankenhäuser zugunsten der finanziellen Absicherung über diese Regel hinweg. Sie zwingen Patient*innen ohne Krankenversicherung, in Vorkasse zu gehen oder informieren im schlimmsten Fall Behörden, womit sie die Schweigepflicht brechen und sich strafbar machen.

Patient*innen wissen von dieser Gefahr und entscheiden sich deshalb oft aus Angst vor Konsequenzen gegen die Notversorgung.

Zusätzlich zeigt der Umfang dessen, was überhaupt als behandlungsbedürftiger Notfall gilt, auch eines: Das Maß an körperlicher Unversehrtheit, an Schmerzfreiheit und in letzter Konsequenz an Würde und Leben, das die Gesellschaft marginalisierten Menschen zusteht, ist ein sehr viel geringeres als für Andere. Wir lassen Betroffene zwar nicht verbluten. Aber eine Operation bei einem fortschreitenden, lebensbedrohlichen Tumor? Medikamente gegen HIV? Lebensnotwendige Diabetesmedikamente? All das ist in Deutschland nicht akut, nicht „Notfall“ genug, als dass hier bedingungslos geholfen werden müsste. Wir lassen unversicherte Menschen vielleicht nicht in der Akutsituation sterben, aber die Betroffenen verenden langsam, durch chronische unterlassene Hilfeleistung.

Die Menschenverachtung beginnt in der Praxis aber schon dort, wo gesellschaftlich für Randgruppen andere medizinische Standards hinnehmbar werden: Wenn das Asylbewerberleistungsgesetz eine reduzierte Gesundheitsversorgung gegenüber den gesetzlichen Krankenversicherungen vorsieht (die eigentlich als das Mindestmaß gilt), wenn Illegalisierte nur in Notfällen versorgt werden sollen oder wir auf der Straße einen medizinisch offensichtlich unterversorgten Obdachlosen sehen und das irgendwie für einen den Umständen entsprechend normalen Zustand halten.

Wie kann es sein, dass das Maß an Gesundheitsversorgung, das für einen selber als selbstver-

Es bedarf Ehrenamtlicher, die das Versagen des Systems kompensieren. Immer wieder kommt es dabei auch vor, dass sich staatliche Institutionen auf dieser Arbeit ausruhen.



ständig gilt, zu einer Anmaßung oder Dreistigkeit, zu Luxus wird, wenn sie von vermeintlich schwachen Menschen in Anspruch genommen wird? Hier wird eingefordert, dass für marginalisierte Personen reduzierte Standards normal und hinnehmbar sein sollten, die für andere Menschen niemals normal und hinnehmbar wären.

Diese selektive Empathie, der Mangel an politischem Handlungswillen und der Widerstand oder die völlige Apathie, die man institutionell erlebt, wenn man versucht, Menschen in die Regelversorgung zu bringen, all das ist Ausdruck dessen, wie martialisch unsere Gesellschaft auf Menschen blickt, die aus dem System fallen. Wie verächtlich man mit ihnen umgeht, wenn sie der von ihnen erwarteten Selbstverantwortung nicht gerecht werden, sie „schwach“ sind. Es ist ein Zeichen völliger Entfremdung, in Anbetracht dieser Umstände von gesundheitspolitisch guten Verhältnissen in Deutschland zu reden.

Vielfach werden diese Verhältnisse nicht nur einfach aufgrund von Ignoranz hingenommen, sondern in öffentlichen Diskursen – subtil – mit Hilfe der Ideologie des Sozialdarwinismus aktiv gerechtfertigt. Das Phänomen von Menschen ohne Krankenversicherung gilt hierbei nicht mehr als kollektives gesellschaftliches Versagen, über dessen Lösbarkeit zwar diskutiert wird, aber über dessen prinzipielle Problematik Einigkeit besteht. Stattdessen werden diese Missstände zu einer natürlichen, logischen und verdienten Konsequenz, die sich aus der Natur der Betroffenen und ihrer vermeintlichen Schwäche ergibt und die damit keinerlei Solidarität oder Korrektur bedarf. Die Ungleichheiten innerhalb sozialer Verhältnisse werden im Sozialdarwinismus naturalisiert. Sie werden nicht mehr im Kontext verschiedenster verursachender sozialer Faktoren gedeutet, sondern durch eine biologistische Zuschreibung davon, wer vermeintlich schwach und wer stark ist. Im Extremfall folgt daraus die Konsequenz, dass es nicht nur „normal“, sondern in Analogie zur Evolutionstheorie für die Gesellschaft vorteilhaft sei, wenn ihre vermeintlich schwachen Mitglieder sterben.

Die Gruppe MediNetz e.V. versucht hier in Aachen die staatliche Verantwortungslosigkeit gegenüber Unversicherten aufzufangen. Sie fungiert als eine Anlaufstelle für Betroffene und vermittelt und begleitet sie zu Ärzt*innen, die diese Patient*innen kostenlos versorgen. An dieser Arbeit kann sich jeder beteiligen, es ist kein medizinisches Vorwissen nötig. Auch gibt es vereinzelt Krankenhäuser, die sich durch das Engagement einzelner Mitarbeiter*innen an der ehrenamtlichen Versorgung beteiligen. Bei MediNetz wird deutlich, wie intersektional die Betroffenenarbeit gedacht werden muss. Häufig greifen viele Prekaritätsfaktoren. Oft werden Patient*innen behandelt, die über das Café Zuflucht vermittelt werden, das in aufenthaltsrechtlichen Fragen hilft, oder über die Frauenhilfsorganisation SOLWODI, welche Frauen begleitet und berät, die in der Prostituti-

on tätig, von Armut betroffen und häufig aus dem Ausland sind.

Die Patient*innen bei MediNetz kommen mit den unterschiedlichsten Beschwerden und Hintergründen, sind zum Teil Kinder, zum Teil Schwangere, sprechen verschiedene Sprachen. Dabei ist die gesamte Arbeit abhängig davon, dass sich Freiwillige die Zeit dafür nehmen, diesen Menschen ein Minimum an Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Es bedarf Ehrenamtlicher, die das Versagen des Systems kompensieren. Immer wieder kommt es dabei auch vor, dass sich



staatliche Institutionen auf dieser Arbeit ausruhen, Ämter zum Teil Patient*innen an das MediNetz verweisen, anstatt sich selber sozialarbeiterisch um eine Vermittlung in die Regelversorgung, in ein Krankenversichertenverhältnis, zu bemühen. Vereinzelt erlebt man auch Mitarbeiter*innen in Ämtern, die sich über die Maße Mühe geben, aber leider oft an der Apathie ihrer Institutionen scheitern.

Eine Versorgung über Einrichtungen wie MediNetz ist eine prekäre Notlösung. Der Verein will sich eines Tages selber abschaffen können, denn es braucht grundsätzlichere Maßnahmen. Ein immer wieder gefordertes Konzept ist der anonyme Krankenschein, bei dem Menschen, meist nach erstem Screening und sozialarbeiterisch begleitet, einen Behandlungsschein ohne weitere Angaben von Daten erhalten.

In anderen Bundesländern ist dies bereits Routine und auch die Stadt Köln hat in den letzten Jahren ein solches System ins Leben gerufen. Das Projekt in Köln stand vor wenigen Monaten sehr kurz vor dem Aus und die erkämpfte vorläufige Weiterfinanzierung wurde nur bis Ende 2026 zugesichert. Die Zukunft darüber hinaus bleibt ungewiss. Andernorts, beispielsweise in Thüringen, wo seit 2017 ein anonymes Krankenschein existiert, lässt sich beobachten, wie rechte Akteur*innen das Konzept zunehmend delegitimieren und bekämpfen.

Auch sonst lässt sich wenig politischer Wille und gesellschaftliche Bereitschaft sehen, die Lebenssituation von marginalisierten Menschen langfristig und zuverlässig zu verbessern. Trotzdem: Die Forderung nach einem anonymen Krankenschein bleibt – bundesweit und auch hier in Aachen! Falls ihr interessiert seid, bis dahin die Arbeit von MediNetz zu unterstützen, meldet euch gern!

Stups



Banner des MediBüro Berlin, eines von vielen MediNetzen und -Büros bundesweit.

(Bild: Privat)

MediNetz-Plenum ist donnerstags, 19 Uhr im Café Zuflucht, gerne über medinetzaachen@mailbox.org oder Instagram [@medinetz_ac](https://www.instagram.com/medinetz_ac) melden, auch bei Interesse an Kooperation als Ärzt*in.

Interview

“Go back to your country”

About how the shift to the right in society impacts refugees

We spoke to a person currently living in a refugee camp about how they experience the changes in society at the moment. The person wants to remain anonymous.

What is your situation as an asylum seeker at the moment?

I came here two and a half years ago and applied for asylum because it wasn't safe in my country and I had to escape. After a long trip through swamps and airports I reached my destination and asked for asylum. I expected that I would be able to work here when I was accepted and be able to study so that I could be independent. But apparently, that is not the reality. What I heard is not the reality. I'm talking about the laws and the human rights. Even to learn the language wasn't possible because I didn't have any opportunity. There are no funds for it.

How are you experiencing the current changes in society?

When I first came, the treatment in the streets wasn't as scary as it is now – but it was already there. It got a lot worse in the last months. Comparing to when I came – you didn't hear that much racist stuff in the streets or bullying for skin colour back then. Now, when you go out, you expect this to happen to you every day.

What are your views on politics drifting further right?

As a person that lives in a refugee camp, political changes affect the people here so much. Every problem in society is blamed on refugees. Housing crisis, economy, safety... they make it all about the refugees. So nobody here feels safe. All the time, they read about attacks on People of Color. And it's not just attacks, it starts with the way that they are spoken to. One situation I experienced: I was standing in the street with a friend and someone came up to me with very aggressive behaviour. We were just talking to each other. This person appro-



Behind the first door in front of the fence, somewhere in the refugee camp. (Bild: Privat)

ached me in a very threatening way and said: “Go back to your country”. When I told the authorities in the camp, they just said they couldn't help me. They didn't care. The frustrating thing about this is that we know we can never fight back. We can never shout at them out of fear that they will attack us. And the police will not be on our side. In the media, the headline will be “Asylum seeker attacks person”, no matter what happened. The truth is: the people and me, we didn't choose to be here. We didn't choose to leave our home country. We were pushed from there. Either from war or because we were arrested for political reasons. So we had to leave. Nobody wants to leave their home country or their house or the place where they have their family and friends. To go on a trip where the chance of survival is almost less than being killed or lost. Now I'm here and people give me weird looks on the train. Every time I get on a bus, the driver is aggressive and doesn't believe I have a ticket. There are too many examples. I can't list them all here.

How do you see the future?

I wish people would understand that forcing us back means we will get tortured or killed in silence in our country. But I fear one day maybe, they will search for all refugees and start to attack us in the streets.

Tacheles Redaktion

Stellenausschreibung

Verteiler*in gesucht!



Du findest die Tacheles super? Ein Spendenbasiertes Projekt einfach selbst gemacht. Wie geil ist das denn?! Und jetzt fragst du dich, wie du mithelfen kannst? Spenden? Lame! 100% Mitmachen? Keine Kapas!

Wir haben die Lösung für dich! Hilf uns beim Verteilen der Zeitungen! Schreib uns einfach eine Mail und erfahre die Details!

tacheles-aachen@riseup.net

P.S.: Wir bauen auf anarchistische Selbstaussbeutung ;)

Tacheles Redaktion

Gedicht

Sarajevo, die Lateinerbrücke



An dieser Brücke
Straßenrand
Franz Ferdinand
Sein Ende fand.
Es folgte ein Krieg
Mit tausenden Toten.
Nun ist die Durchfahrt hier verboten.

Kaspar

Flachwitze mit Thorben

Warum können Feuerwehrleute keinen Dreisatz rechnen?

Weil es nur Einsatzkräfte sind.

Endgültiges Aus für die Willkommenskultur

Stellungnahme zum Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD



Die gesellschaftlichen und die politischen Verhältnisse haben sich in der Bundesrepublik in den vergangenen Monaten radikal verändert. Der Rechtsruck hat sich bis weit in die Mitte unserer Gesellschaft verfestigt, sodass nicht nur eine humane Flüchtlingspolitik, sondern die Demokratie als solche in Gefahr geraten sind.

Der Wahlkampf war bereits geprägt von einer aufgeheizten Stimmung, die sich vor allem gegen Geflüchtete und gegen Zugewanderte richtete. Die Parteien überboten sich gegenseitig in ihren Forderungen nach Abschiebungen und verschärften Grenzkontrollen.

Dieser Geist hat sich nun auch im Koalitionsvertrag niedergeschlagen. Menschen mit Fluchtgeschichte wird pauschal unterstellt, in unsere Sozialsysteme einwandern zu wollen, sodass die neue Bundesregierung angebliche „Anreize“ reduzieren und Migration insgesamt begrenzen will. Deshalb besteht das entsprechende Kapitel im Koalitionsvertrag aus einer Aneinanderreihung migrations- und aufenthaltsrechtlicher Repressionen. Unter anderem ist vorgesehen, den

Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte auszusetzen, die Liste der sicheren Herkunftsstaaten zu erweitern und das Ausweisungsrecht zu verschärfen.

Union und SPD halten daran fest, Asylsuchende an den deutschen Grenzen zurückweisen zu wollen – obwohl das nach europäischem Recht illegal wäre. Zugleich sollten bestehende legale Einwanderungsmöglichkeiten reduziert oder ganz abgeschafft werden. Betroffen davon wäre beispielsweise das Aufnahmeprogramm für gefährdete Afghaninnen und Afghanen. Auch ehemalige Ortskräfte, die deutsche Soldaten bei ihrem Einsatz in Afghanistan unterstützt haben und nun die regierende Taliban fürchten müssen, könnten dann bei uns keinen Schutz mehr suchen.

Außerdem soll die gerade erst eingeführte Einbürgerung nach drei Jahren bei besonderen Integrationsleistungen – populistisch als „Turboeinbürgerung“ gebrandmarkt – wieder ersatzlos gestrichen werden. Ebenso abgeschafft werden soll die geltende Westbalkan-Regelung, die seit 2016 Menschen aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien den Aufenthalt bei uns zu Arbeitszwecken ermöglicht.

Kritisch zu sehen ist auch die im Koalitionsvertrag vorgesehene Verknüpfung von Migrationssteuerung und Entwicklungszusammenarbeit: Herkunfts- und Transitländer sollen nur dann Fördergelder für die Entwicklungshilfe erhalten, wenn sie ihre Grenzen stärker kontrollieren und abgeschobene Geflüchtete zurücknehmen. Die Konsequenzen solcher Abkommen sind oftmals schwere Menschenrechtsverletzungen – etwa in Libyen oder Tunesien, wo Zurückgewiesene teils inhaftiert und gefoltert werden.

Die pauschalen Diffamierungen von Menschen mit internationaler Familiengeschichte in der rechtsorientierten Politik und zum Teil auch in

den Medien beschädigen den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ungemein. Dabei haben fast 30 Prozent der Bevölkerung Deutschlands einen Migrationshintergrund – das sind knapp 25 Millionen Menschen. Nur rund drei Millionen davon sind Schutzsuchende, die Flüchtlinge aus der Ukraine mit eingerechnet. Trotzdem spricht der Koalitionsvertrag ihnen das Recht auf eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben ab. Der offene Rassismus der AfD kann nicht mit einer derart rassistischen Haltung der neuen Regierung bekämpft werden, denn sie bedient die Narrative der extremen Rechten und stärkt damit genau die Kräfte, die sie angeblich bekämpfen will.

Für die unmittelbar betroffenen Menschen mit internationaler Familiengeschichte schlägt sich das rassistische Klima in einer zunehmenden Angst und ständiger Sorge nieder, bei uns nicht mehr in Sicherheit leben zu können. Damit ist diese repressive Migrationspolitik der neuen Bundesregierung ein Schlag gegen all jene, die sich tagtäglich mit Energie und Zeit für ein gleichberechtigtes Zusammenleben in Vielfalt einsetzen, ob in ehrenamtlichen Vereinen und Organi-

sationen oder im privaten Umfeld. Für uns steht trotz alledem eindeutig fest: Wir kämpfen weiterhin für eine menschenfreundliche Asylpolitik und damit für die Einhaltung der Menschenrechte für alle. Was wir brauchen ist eine Politik, die Vielfalt als Gewinn für unsere Gesellschaft versteht!

Bürger*innenasyl Aachen

Dieser Text wurde auf der Demo am Weltgeflüchtetentag (20. Juni) als Redebeitrag gehalten.

Szene-Glossar

Heute: Patriarchat, das

Heißt wörtlich „Herrschaft von Vätern“, der Begriff hat aber, insbesondere in der linken queerfeministischen Bewegung der letzten Jahre, eine viel umfassendere Bedeutung erlangt. Die klassische Bedeutung verweist auf ein historisches System, in dem die männlichen Familienoberhäupter eine dominante Position in der Familie und in der Gesellschaft innehatten. Mittlerweile wird das Patriarchat zunehmend als ein soziales und politisches System verstanden, das sich nicht nur in der sozialen Rolle des Mannes als Familienoberhaupt manifestiert, sondern auch als eine allumfassende Struktur, die männliche Privilegien aufrechterhält und Frauen sowie marginalisierte Geschlechter systematisch unterdrückt. Da dieses System fest in allen gesellschaftlichen Schichten verwurzelt ist, braucht es eine kritische Auseinandersetzung mit der Verteilung von Macht und Ressourcen, die auf Geschlecht, sexueller Identität, race und Klassen basiert.

Die feministische Theoretikerin Maria Mies betonte schon in den 80er Jahren, dass die klassische Definition von Patriarchat im modernen Kontext unzureichend ist. Männliche Dominanz gehe heute über die traditionelle Vaterrolle hinaus und umfasst die „Herrschaft von Ehemännern, von männlichen Vorgesetzten, von leitenden Männern in den meisten gesellschaftlichen Institutionen in Politik und Wirtschaft“. Damit wird deutlich, dass das Patriarchat in eine viel breitere und tiefere Dimension von Machtverhältnissen eingebettet ist, die sich durch alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zieht.

Patriarchat wird oft auch als ein Schlagwort verwendet, das nicht nur die Unterdrückung und Ausbeutung von FLINTA*, sondern auch die systematischen sozialen Mechanismen benennt, die diese Scheiße ermöglichen.

Die queerfeministische Bewegung hat diesen Begriff besonders geschärft und weiterentwickelt, indem sie ihn auf die verschiedenen Formen der Unterdrückung ausdehnt, die nicht nur Frauen betreffen, sondern auch nicht-binäre Menschen, trans* und inter* Personen und andere marginalisierte Geschlechter. In diesem Sinne ist das Patriarchat nicht nur ein System, das Männer gegenüber Frauen bevorzugt, sondern auch ein System, das marginalisierte Körper und Identitäten von queeren und trans* Menschen strukturell diskriminiert, weil sie sich außerhalb der traditionellen Geschlechterrollen bewegen.

Zusätzlich verweist die Kritik am Patriarchat auch auf die neoliberalen Wirtschaftsstrukturen, die die kapitalistische Ausbeutung und die patriarchalen Herrschaftsverhältnisse verstärken. Diese Verbindung zwischen Kapitalismus und Patriarchat ist fest verankert und spiegelt sich z. B. in Unternehmen, auf dem Wohnungsmarkt oder in den Medien wieder.

Jetzt, wo du endlich verstanden hast, was dieses komische Wort heißt, von dem immer alle reden, geh doch mal rein in die nächste kritische Männlichkeitsrunde oder beschäftige dich mit deinen männlichen Freunden, die in der Vergangenheit übergriffig waren oder sonst Scheiße gebaut haben. Bei dir gibt's die nicht? Die gibt es in jedem Freundeskreis, ganz sicher ;)

Tacheles Redaktion



Antifeminismus als Gefahr erkennen

Wie Tradwives und Queerfeindlichkeit eine vielfältige Gesellschaft bedrohen

Antifeminismus ist grundsätzlich die Ablehnung von Feminismus und von Errungenschaften feministischer Bewegungen. Es ist aber nicht nur ein vages Gefühl der Abneigung – Antifeminist*innen versuchen aktiv, Gleichstellung und Teilhabe von Frauen, aber auch von queeren Menschen zu verhindern. Er wurzelt in pauschalen Annahmen über die menschliche Natur und über vermeintlich angeborene Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Wie er genau wirkt, erklären wir im Folgenden an drei Beispielen:

„Was ist eine Frau?“ – Trans*feindlichkeit und Rechtsextremismus geben sich die Hand

Im April 2025 urteilt in London der Supreme Court einstimmig, dass trans* Frauen nicht mehr unter das britische Gleichstellungsgesetz fallen und definiert somit, dass sie im juristischen Sinne keine Frauen sind. Diese Entscheidung ist eine, auf die TERF-Lobbyist*innen (TERF = trans* exklusive radikale „Feminist*innen“ – also Personen, die sich selbst als „feministisch“ bezeichnen, aber trans*feindlich sind) jahrelang hingearbeitet haben. Eine der bekanntesten TERFs, die Autorin J.K. Rowling, welche mit ihrem privaten Vermögen großzügig trans*feindliche Projekte unterstützt, postet nach dem Urteil ein Bild von sich auf ihrer Yacht, mit Cocktail und Zigarre in der Hand: „I love it when a plan comes together.“ (dt.: „Ich liebe es, wenn ein Plan funktioniert.“). Auf Twitter spricht sie davon, dass die „trans*-Agenda“ von den „Eliten, von oben“ den „normalen“, binären Menschen „aufgezwungen“ werde. Damit bedient sie sich ganz klar rechter Narrative.

Dass Rechte sich scheinbar schützend vor cis Frauen stellen und so tun, als ob sie deren Rechte verteidigen, ist nichts Neues. Immer wenn es nützt – etwa zur Legitimierung rassistischer oder trans*feindlicher Politik – wird vom „Schutz der Frau“ gesprochen. So entstehen Allianzen zwischen trans*feindlichen „Feminist*innen“ und extrem rechten Akteur*innen. Trans*feindlichkeit dient dabei als Brückenideologie und erlaubt gleichzeitig die Normalisierung von rechtem Gedankengut. Dass es Rechten dabei nicht um Frauenrechte geht, ist offensichtlich – es geht um Macht, Kontrolle und die Durchsetzung klarer Grenzen: Wer gehört dazu und wer nicht. Wer abweicht, wird zur Bedrohung erklärt – seien es trans* Personen, kinderlose Frauen oder Kinder, die ihre Sommersprossen mögen. So wurde in den USA kürzlich ein Kinderbuch, in dem ein Kind seine Haut lieben lernt, verboten.

Tradwives: Nostalgie mit rechter Schlagseite

Dem Antifeminismus geht es insgesamt um Anpassung. Ein weiteres Beispiel findet sich in sozialen Medien: Dort feiern sich junge cis und hetero (cishet) Frauen als „Tradwives“ – traditionelle Ehefrauen, die stolz Hausarbeit übernehmen, sich dem Ehemann unterordnen und in ihrer Rolle als Mutter aufgehen. Die dabei verwendeten Bilder erinnern an die Nachkriegszeit und ländliche Idyllen; es gibt viel Natur, wallende Röcke und selbstgebackenes Brot zu sehen. Entscheidungen trifft allein der Ehemann, Konflikte in der Beziehung gibt es nicht, die Kinder sind wohlherzogen und unterwürfig. Auf den ersten Blick wirkt das wie eine private Lebensentscheidung. Doch wer genauer hinsieht, erkennt: Hinter dem vermeintlich romantischen Rückzug ins Häusliche verbirgt sich häufig eine gefährliche rechte Kulturstrategie.

Viele Tradwives inszenieren sich bewusst als Gegenmodell zur emanzipierten Frau. Sie erklären den Feminismus für gescheitert: Er habe Frauen „unglücklich“ und „egoistisch“ gemacht und das Versprechen eines guten Lebens sei für sie auch nach jahrzehntelangem Kampf nicht aufgegangen. Daher machen sie Werbung für die „natürlichen Rollen“ als Ehefrau, Mutter und Care-Arbeiterin und versprechen, dass darin persönliche Erfüllung liege. Damit dient dieser Trend rechten Ideologien und ihrer Bevölkerungspolitik: Weiße Frauen sollen wieder mehr weiße Kinder bekommen. So komme man der „natürlichen Ordnung“ wieder näher, in der weiße Männer führen, weiße Frauen gebären und alle anderen unsichtbar werden.

Das Tradwives-Ideal gibt diesem gruseligen Konzept eine hübsche, harmlos wirkende Oberfläche und macht sie damit attraktiv. Die scheinbare Freiwilligkeit, mit der Frauen sich diesem Lebensmodell zuwenden, verschleiert dabei, wie sehr patriarchale Machtverhältnisse internalisiert wurden. Denn echte Wahlfreiheit setzt soziale und wirtschaftliche Unabhängigkeit voraus – doch diese ist selbst für die meisten cishet Frauen immer noch in weiter Ferne.

Der Antifeminismus der AfD

Beide Beispiele – Trans*feindlichkeit und Tradwife-Unterwürfigkeit – sind anschlussfähig für die vielbeschworene Mitte der Bevölkerung. Wie die Leipziger Autoritarismusstudie 2024 nachwies, bekennen sich rund ein Viertel der Frauen und ein Drittel der Männer in Deutschland zu antifeministischen Einstellungen. Der dahintersteckende biologistische, wertekonser-

vative, binäre Normalitätsgedanke ist also sehr anschlussfähig. Eine manifeste rechtsextreme Einstellung ist dagegen deutlich weniger vorhanden. Durch die gemeinsamen Talking Points dient der Antifeminismus dem Rechtsextremismus als Brückenideologie, also praktisch als Einstiegsdroge ins Rabbit Hole.

Erstellt man sich auf TikTok oder YouTube einen neuen Account, ohne tatsächlich Videos zu schauen, schlägt der Algorithmus rechte Thesen, durchsetzt mit Schwurbelei und Impfgegnerschaft, vor und es ist nicht mehr weit bis zu den Social-Media-Gesichtern der AfD. Wie Maximilian Krah, der erst Mitglied des Europaparlaments war, bevor er bei der Bundestagswahl als Direktkandidat in den Bundestag gewählt wurde. Während er vor allen Dingen wegen chinesischer und russischer Spionagewerwicklungen Schlag-

zeilen macht, inszeniert er sich auf TikTok als Datingcoach, der einsamen Jugendlichen empfiehlt: „Jeder dritte junge Mann hatte noch nie eine Freundin. Du gehörst dazu? Echte Männer sind rechts, echte Männer haben Ideale, echte Männer sind Patrioten, dann klappt es auch mit der Freundin.“ Auch auf Parteitage der AfD äußert er sich: „Echte Männer wollen echte Frauen. Feministinnen sind alle hässlich und grässlich. [...] Und zu echter Weiblichkeit gehört die Mutterschaft.“ Das Tradwife-Ideal lässt grüßen. Mit dieser Einstellung ist Krah in rechten Bewegungen natürlich kein Einzelfall: Längst übernehmen AfD und Werteunion die von KI befeuerte Bildsprache der religiösen Rechten aus den USA, beschwören dieselben Bilder weißer Südstaaten-Farm-Idylle mit Vater, Mutter und mehreren Kindern und schließen sich damit einem globalen antifeministischen Backlash an.

Gewalt als Konsequenz von Antifeminismus

Wir möchten deshalb alle Menschen dazu aufrufen, sich mit Antifeminismus zu beschäftigen, seine Sprache zu erkennen, seine Codes und Taktiken zu lernen, seine Player und Narrative zu kennen und diese wann immer es geht auch klar als solche zu benennen. Denn eins muss auch klar sein: Leider bleibt es nicht bei antifeministischen Forderungen im Internet oder auf Parteitage. Ob bei den Anschlägen in Utøya, Christchurch, Halle oder Hanau – neben Antisemitismus und Rassismus ist Antifeminismus ein verbindendes Element in der Ideologie rechter Terroristen.

Wer Vielfalt und Selbstbestimmung bekämpft, hat niemals Freiheit im Sinn, sondern eine Zukunft, in der viele von uns keinen Platz mehr haben.

Eva Beutin, Nina Koeder und Judith Vogt



Die drei Autor*innen (v.l.n.r. Nina Koeder, Judith Vogt, Eva Beutin) beim Vortrag.

(Bild: © Privat)

CSD – Zwischen Spaß, Kapitalismus und Nazis

Nazis und die radikale Linke entdecken den CSD



Szene der Razzia im Stonewall Inn – Auslöser der Stonewall Riots.

(Bild: CC BY 2.0, Flickr: Newtown graffiti)

CSDs – zu kaum einer Veranstaltung habe ich als queere Person, die sich innerhalb der radikalen Linken positioniert, wohl ein so komplexes Verhältnis. Am liebsten wären mir kämpferische, ungemütliche und unmissverständliche Ausdrucksformen, Aktionen und Demonstrationen für queeres Leben, auch für queere Rechte und darin auch die Erinnerung an die Riots rund um den Stonewall Inn 1969, in denen auch das Ausleben der eigenen Queerness einen Raum findet. Das können die wenigsten CSDs in Deutschland bieten. Zu oft steht man Seite an Seite mit dem Klein und Groß des kapitalistischen Schreckens, die sich einmal im Jahr als weltoffen, queerfreundlich und progressiv präsentieren wollen. Das Ganze geht so weit, dass sich große Teile der radikalen Linken organisatorisch und inhaltlich nahezu gar nicht an CSDs beteiligen. Das liegt zum Teil sicherlich daran, dass queere Themen teilweise als weniger wichtig oder gar als Nebenwiderspruch – also als ein Problem, das sich mit dem Ende des Kapitalismus „von selbst“ löse – angesehen werden. Zum Teil bieten CSDs aber auch einfach wenig Anknüpfungspunkte für eine radikale Linke. Was den meisten CSDs gut gelingt, ist, dass sie ein Ort sind, um Queerness offen auszuleben. Und das mehr oder weniger sicher. Ein Ort wo das, was sonst immer „unpassend“, „too much“ oder „unprofessionell“ sei, dann eben doch geht. Aber selbst darin bleibt eine Ambivalenz – ja, es ist möglich, auf den großen CSDs in ausgefallenen Outfits aufzutreten, wie sich das viele andernorts nicht trauen würden – aber exotisiert wird man trotzdem: Wie viele hunderte Leute stehen jedes Jahr rund um den CSD in Köln, um sich einmal im Jahr anzuschauen wie „die verrückten Queers“ sich jetzt anziehen, präsentieren, geben. Ganz in liberaler Bestätigungslogik, für sie sei es ja vollkommen okay, dass es „diese Menschen“ gibt. Solange sie sich selbst noch in irgendein „Normal“ einpflegen können und klar ist, dass sie „nicht so sind“. Und ja, natürlich sind CSDs auch die Momente, wo genau diese Dynamik gebrochen wird. Menschen laufen als Allies mit, Menschen die queer sind, aber im Alltag nicht unbedingt so gelesen werden, laufen gemeinsam mit anderen, die sowieso täglich und ständig als queer identifiziert werden. Und ja, natürlich verschwimmen diese Grenzen

hier auch. Das ist einer der Gründe, wieso CSDs besonders wertvoll sind. Auch wenn ich mich zwei Wochen später, wenn das nächste ehemals queere Symbol als neuer Modetrend in Kaufhäusern steht, auch wieder frage, ob dieser Wert tatsächlich so groß ist oder ob es nicht auch Schönes hat, wenn queere Kultur eben nicht „normal“ ist, weil „normal“ sein in dieser Gesellschaft hauptsächlich bedeutet, zu Geld gemacht zu werden.

Nicht unerwähnt sollen an dieser Stelle natürlich regelmäßige Versuche aus der radikalen Linken bleiben, das alles besser zu machen. Mit radical prides gab es immer wieder den Versuch, das Ausleben von Queerness und den Kampf für queeres Leben aus dem marktoffenen Kontext der großen CSDs zu befreien. Lei-

der ging das meistens auch damit einher, sich erneut von großen Teilen der Gesellschaft abzukapseln und jetzt nicht nur die verrückten Queers, sondern auch die verrückten Linken zu sein. Nichtsdestotrotz waren und sind diese Orte

bzw. Veranstaltungen wichtige Versuche, einen radikalen und ungemütlichen Kampf um queeres Leben zu ermöglichen.

So war aus meiner Sicht zumindest die Situation der CSDs bis ungefähr ins letzte Jahr. Doch leider ist es dabei nicht geblieben. Für mich immer noch besonders einschneidend ist der Mord an Malte C. am 27.08.2022 auf dem CSD Münster. Ich war auf dem „Rheinmetall Entwaffnen“-Camp in Kassel, also einer Veranstaltung, die mit Queerness eher wenig zu tun hat, als uns die Nachricht erreichte, dass Malte andere Teilnehmende vor einem queerfeindlichen Angriff schützen wollte, dabei niedergeschlagen wurde und an den Folgen verstarb. Und plötzlich war es hier möglich – auch wenn es nichts direkt mit dem Thema des Camps zu tun hatte – diesen Mord, aber auch Queerness generell zu thematisieren, spontan eine Demo mitzuorganisieren und für diejenigen von uns, die von der Nachricht härter getroffen wurden, da zu sein. Seitdem sind Angriffe auf CSDs leider nicht seltener geworden. Letztes Jahr gab es 22 angemeldete Proteste gegen CSDs in Deutschland. Das geht natürlich einher mit einem massiv gestiegenen Bedrohungsszenario für die Veranstaltungen selbst, sowie für die An- und Abreise. Regelmäßig gab es auch großflächige Angriffe

bewaffneter Nazis auf CSDs. Beispielsweise standen 2024 in Bautzen den 1000 Teilnehmenden des CSDs 700 Rechtsextreme gegenüber. Insgesamt zählt die Amadeu Antonio Stiftung im letzten Jahr 55 dokumentierte Angriffe auf CSDs. Dieses Jahr wurde bereits in Gelsenkirchen der CSD wegen einer zu hohen Bedrohungslage abgesagt. Und auch beim diesjährigen CSD in Aachen wurde immer wieder eine kleine Gruppe Nazis gesehen, die die Demo beobachtet hat. Die Polizei kann mal wieder jedes Gedenken an Waffen-SS und ähnlich sympathische Veranstaltungen wie den Naziaufmarsch in Aachen am 18.01.2025 bis an die Zähne bewaffnet schützen. Bei CSDs, die von Nazis bedroht werden, ist aber natürlich nix zu machen.

Mittäterschaft reicht den Behörden aber nicht aus. Sollte es uns dennoch gelingen, relativ unbedroht unsere Queerness auf die Straße zu tragen, lösen Ordnungsamt und Polizei den CSD auch gerne schlicht auf, weil sie behaupten, dieser wäre zu unpolitisch, um als Demonstration durchzugehen – wie dieses Jahr in Schönebeck passiert.

Während Nazis CSDs längst als politisch erkannt und somit als Angriffsziel ausgemacht haben, behauptet der deutsche Staat schlicht, dass das Ausleben und Zeigen von Queerness unpolitisch sei. Positiv stimmt da lediglich, dass die radikale und insbesondere organisierte antifaschistische Linke immer mehr erkennt, dass CSDs natürlich politisch und insbesondere schützenswert sind und daher immer öfter militanten Selbstschutz für diese organisiert. Das scheint leider unverzichtbar zu werden, sollten wir weiterhin unsere Queerness auch außerhalb der vermeintlich progressiven Großstädte auf die Straße tragen wollen.

Also ab auf die Straße, ob als organisierter Selbstschutz, um sich selbst und die eigene Queerness zu feiern, um Verbündete zu finden oder eine Kombination aus allem.

Wüstenfrosch

Eine detaillierte Übersicht dokumentierter Angriffe auf CSDs 2024 durch die Amadeu Antonio Stiftung findet ihr unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/csds-schuetzen/>.

Buchrezension Das Patriarchat der Dinge



Rebekka Endler: Das Patriarchat der Dinge. DuMont Köln, 2024. ISBN 978-3-8321-7091-2. 14 €.

Beim Begriff „Patriarchat“ denken viele vermutlich zunächst an Dinge wie Mansplaining oder Catcalling, bis hin zu sexuellen Übergriffen und anderen Gewalterfahrungen. Ungerechtigkeiten, die Menschen von anderen Menschen (meist von Männern) angetan werden.

In ihrem 2021 erschienen Buch „Das Patriarchat der Dinge“ beschäftigt sich Rebekka Endler mit einer anderen, unterschwelligeren Art, in der das Patriarchat sich bemerkbar (oder eben nicht bemerkbar) macht. Sie führt den Begriff des „Patriarchalen Designs“ ein, um zu beschreiben, wie viele Aspekte unseres Lebens scheinbar unbewusst so ausgelegt sind, dass Frauen (bzw. alle Menschen außer cis-Männer) konstant benachteiligt werden.

Die Idee für das Buch kam der Autorin ausgerechnet bei einer Recherche über Geschichte und Design öffentlicher Toiletten. Dies weitete sie aber bald aus, auf eine „Recherchereise quer durch die tief verwurzelten patriarchalen Ideen, die unsere Gesellschaft prägen und über ihren Einfluss auf das ganz alltägliche Design in unserer Umwelt und in unserem Leben“, wie Endler es beschreibt.

Sie beginnt mit einer Abhandlung darüber, wie Geschlechternormen in unserem Sprachgebrauch verankert sind. Von diesem Punkt an führt die Reise über das Design von öffentlichen Räumen, Alltagsprodukten, Technologie, Arbeitsplätzen, Kleidung und Kultur bis hin zu Medizin. Überall zeigt Rebekka Endler Beispiele dafür, wie patriarchales Design die Ansprüche und Sichtweisen von Männern als Maßstab aller Dinge anlegt, zum Nachteil aller anderen. In den letzten Kapiteln geht sie zusätzlich darauf ein, wie sich diese Auswirkungen mit anderen Unterdrückungsmechanismen (z. B. gegen PoC, LGBTQ-Menschen oder Menschen mit Behinderung) überschneidet.

Was erst mal wie eher trockene Materie klingen mag, wird durch den lockeren, bisweilen witzigen Schreibstil davor bewahrt, nur eine deprimierende Aufzählung von Ungerechtigkeiten zu sein. Gleichzeitig fehlt es dem Buch nicht an Ernsthaftigkeit und einem angemessenen Level an konstruktiver Wut.

Wer eine umfassende Abhandlung über Sexismus und die Ursprünge des Patriarchats erwartet, wird hier nicht bedient werden. Laut Endler selbst wäre der passendere Titel: „Streifzüge durch eine Welt, die allen nicht-cis männlichen Wesen nicht passt“ (Verständlicherweise kam dieser beim Verlag weniger gut an).

Was „Das Patriarchat der Dinge“ allerdings bietet, sind solide Recherchen mit eindrucksvollen Beispielen dafür, wie patriarchale Strukturen unser Leben bestimmen. Menschen, die noch eher neu und unbelesen in dem Thema sind, finden hier einen gut zu lesenden, niedrigschwelligen Einstieg, der nichtsdestotrotz deutlich klar macht, wie viel Handlungsbedarf auf dem Weg zu Geschlechtergerechtigkeit noch besteht.

Aber auch diejenigen, die sich schon besser auskennen, werden Aspekte ihres alltäglichen Lebens mit einem neuen Blickwinkel betrachten können, oder zumindest den einen oder anderen (Non-) Fun Fact lernen.



Kapitalismus ohne Demokratie?

Eine kurze Geschichte der autoritären Formierung

Dieser Artikel soll einen Überblick über die Geschichte der BRD geben und den Erfolg der AfD aus dem Aufstieg des sogenannten Neoliberalismus und der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaft skizzieren.

Durch den Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg begann eine nie dagewesene Wirtschaftswunderzeit, angetrieben vom Kalten Krieg. Über diesen Zeitraum von vielleicht 20 Jahren hinweg wurde die Arbeiterklasse vollständig in die bürgerliche Gesellschaft integriert. Dies gelang, weil ein gewisser Reichtum – ein eigener VW und ein kleines Haus – nun auch Facharbeitern zugänglich wurden. Diese Entwicklung wurde ermöglicht durch industrielle Produktion in einem Maßstab, der nahezu Vollbeschäftigung ermöglichte. Diese Massenproduktion neuer Waren und die wesentlich bessere Bezahlung, durch hohen Organisationsgrad im industriellen Sektor, machten auch den Massenabsatz der produzierten Waren möglich, wie notwendig für den Erfolg dieses Modells. Massenkonsum wurde mit dem steigenden Wohlstand in den westlichen Industrienationen zum Alltag. Im antikommunistischen Frontstaat BRD wurde so die deutsche Arbeiterklasse – mit der seit den 1930ern überhaupt nur ein nationales Erwachen denkbar war – gegen jegliche Form sozialistischer Experimente immunisiert. Kapitalismus auf der Siegesstraße. Flankiert wurde die fordistische Kompromissformel zwischen Kapital und Arbeit (politische Stabilisierung durch ökonomische Teilhabe) durch eine „keynsianische“ – also auf Investition in Wirtschaft und Sozialstaat ausgerichtete – Politik, die eine relativ solide soziale Absicherung ermöglichte, welche von Sozialdemokratie und Gewerkschaften weiter vorangetrieben wurde. Dazu gehörten eindrucksvolle Errungenschaften wie z. B. die Arbeitszeitverkürzung: In den Kernsektoren von Industrie und Verwaltung wurde die Wochenarbeitszeit auf zunächst fünf Tage und zeitweise sogar auf 35 Stunden reduziert.

Alte neue Antworten auf Wirtschaftskrisen

Nach mehreren Krisen der Wertschöpfung wurde das Wirtschaftswunder in seinen Grundlagen, den niedrigen Produktions- und Energiekosten bei hohem Absatz, erschüttert. Die Antwort der bürgerlichen Politik: „These is no alternative“. Geprägt von Thatcher wurde die „Alternativlosigkeit“ das informelle Motto einer sich auf die „Sachzwänge“ der Weltmarktkonkurrenz berufenden Politik: der Privatisierung und des Sozialabbaus. Der Klassenkompromiss von einst wurde aufgekündigt, Wohlstand wieder stärker von Arm nach Reich umverteilt und der Sozialstaat im Sinne des „Nachtwächterstaates“ umgestaltet. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde der Kapitalismus, in seiner neoliberalen Ausformung, zum Ende der Geschichte erklärt. Die neoliberale Weltanschauung ist zur Jahrtausendwende in zweiter Generation von der Sozialdemokratie Europas auf Kosten vieler Errungenschaften eben dieser



Eine Vorstellung einer Zukunft, in der ein gutes Leben für alle möglich ist, gilt es, der realen Dystopie entgegen, denkbar zu machen.

(Bild: Internet)

Repräsentanten des Sozialstaates vorangetrieben worden.

Der Umstand, dass sich seit den 1980er Jahren nicht nur in Deutschland, sondern überall in Europa sowohl Mitte-Rechts- als auch Mitte-Links-Regierungen am neoliberalen Sozialabbau beteiligt haben, kann als politisch-ökonomischer Hintergrund für den, seit der Finanzkrise von 2008 noch beschleunigten, Aufstieg der extremen Rechten verstanden werden.

Wir gegen die da oben

Seither inszenieren sich als Rechtspopulisten auftretende Faschisten weltweit als einzige echte Alternative zum herrschenden Block und operieren mit der falschen Dichotomie von einem „globalistischen“ Neoliberalismus und einer „nationalen“ Opposition, die im Namen vermeintlicher „Volksnähe“ inzwischen freilich immer öfter faschistische Krisenlösungen anbietet. Eine weitere Dimension dieses Erfolgs ist der Einfluss neoliberaler Austeritätspolitik. Immerhin belegen Studien zum Zusammenhang zwischen Sozialabbau und Wahlverhalten in Europa, dass derartige Sparmaßnahmen durchaus mit Erfolgen der extremen Rechten korrelieren. Insbesondere bei Beschäftigten mit formal geringer Qualifikation, sowie in wirtschaftlichen Krisenregionen kann der – häufig genug berechtigte – Eindruck entstehen, die wirtschaftliche Zukunft der „Abgehängten“ sei für die an Austeritätsmaßnahmen festhaltende Politik der Herrschenden nicht weiter von Interesse. Offenkundig stärkt ein solches Empfinden die Bereitschaft für jene autoritären Krisenlösungen, die sich seit längerem beobachten lässt.

Nationalsozial oder neoliberal?

Und die Krisenlösung der AfD ist in erster Linie darauf beschränkt, der angeblichen Einwande-

lung in den deutschen Sozialstaat mit Grenzschiebungen, Abschiebungen und Anti-EU-Politik Herr zu werden. „Unser Volk zuerst“ ist die rechte Parole der Stunde. Sichere Grenzen und härtere Strafverfolgung gibt die AfD einfach als Allheilmittel für sozialen Frage aus und lässt an die Stelle des Gegensatzes zwischen unten und oben jenen zwischen „innen“ und „außen“, Einheimischen und Zugewanderten, treten. Mithilfe einer solch nationalistischen Verkehrung der sozialen Frage definiert sich die extrem rechte „Volksgemeinschaft“ durch den Ausschluss von „Fremden“ (Geflüchtete) und „Volksverrättern“. Der offen propagierte Verteilungskampf gegen migrantisierte Menschen ist ein Versuch, soziale Fragen nach nationaler Herkunft zu beantworten und macht den Modus einer Politik aus, die ihren im Kern prokapitalistischen Kurs mit einer imaginierten Rückkehr zur unheimlich heimeligen „Volksgemeinschaft“ bemäntelt – ohne Ausländer, ohne Linke und ohne Gendersternenchen. Unterhalb des gemeinsamen Bekenntnisses zur nationalen Gemeinschaft koexistiert in der sozialpolitischen Programmatik der AfD allerdings diese „nationalsolidarische“ Linie mit dem neoliberalen Sozialchauvinismus, für den der brutale Konkurrenzkampf um ein Fortkommen in dieser Gesellschaft immer noch das Idealbild ist und der übrigens auch die außenpolitischen Visionen wie jeher prägt. Die Partei als Ganzes bewegt sich ambivalent zwischen diesen beiden Polen. Diese Ambivalenz ist für die Formulierung einer „Alternative“ zu den Herrschenden sicherlich kein Hindernis, sondern eher ein Vorteil.

Kapitalismus oder Demokratie

„Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“ – diese berühmte Sentenz Max Horkheimers aus dem Jahr 1939 wird zwar auch heute noch gelegentlich zitiert, erscheint sie doch vor dem weltweiten faschistischen Siegeszug aktueller denn je. Diese reaktionären Machtantritte greifen sozialstaatliche Schutzmechanismen und liberale Freiheitsrechte gleichermaßen an, überall kombiniert mit dem Kampf gegen Migration. Die AfD ist fester Bestandteil dieses Rollbacks, der sich nicht gegen, sondern mit dem neoliberalen Kapitalismus formiert – spätestens die USA zeigen, wie lange unternehmerische Lippenbekenntnisse gegen Rechts und für Diversität halten. Vor dem Hintergrund dieser politischen Katastrophe wäre gleich an eine ganze Reihe bewährter Einsichten in die Widersprüche, Halbheiten und Blindstellen liberaler Gegnerschaft „gegen rechts“ zu erinnern, die auch nur ein Verstehen des Phänomens AfD massiv erschweren und einen effektiven Kampf gegen den Faschismus von dieser Seite verunmöglichen.

Erstens sind kapitalistische Konzerne beim Geschäftemachen nicht etwa auf politische Demokratie angewiesen, sondern kommen nötigenfalls auch ganz gut ohne sie aus – einen anderen Schluss lassen bereits die von langen Blutspu-

ren durchzogenen Geschichten von Firmen wie Bayer, Volkswagen, ThyssenKrupp und Deutscher Bank einfach nicht zu.

Mit der Demokratie hat es zweitens nicht erst nach der Errichtung einer faschistischen Diktatur ein Ende, sondern bereits heute in jedem kapitalistischen Betrieb. Über Kapital und Arbeit entscheiden nicht die Beschäftigten, sondern Profitinteressen. Chefs werden allenfalls von Aktionären gewählt und bereits einfache Widerworte gegenüber Vorgesetzten können den Job kosten.

Systeme des Ein- wie des Mehrparteienkapitalismus haben drittens nicht nur ihre scharfe Frontstellung gegen sozialistisches Eigentum gemeinsam, beide zeichnen sich auch durch die Unvermeidlichkeit sozioökonomischer Krisenprozesse, ein hohes Maß an sozialer Ungleichheit sowie durch die Tendenz zur Abwälzung von Krisenlasten nach unten aus. Viertens droht die kapitalistische Ideologie individueller „Leistung“ – Erwerbslose, „Wirtschaftsflüchtlinge“, „unwürdige“ Arme oder Menschen mit Behinderung haben davon zu erzählen – permanent in symbolische Abwertung und (zumindest latent rassistisches) Nützlichkeitsdenken umzuschlagen.

Fünftens gibt es neben der faschistischen Menschenfeindlichkeit des Ausnahmezustands auch eine kapitalistische des Normalzustands. Hier von zeugen neben den Härten von Fabrikregime und Arbeitsdisziplin sowie den Ausbeutungsbeziehungen in der gesamten Lieferkette auch die vom kapitalistischen Wachstumsimperativ ausgehenden Gefahren für die natürlichen Lebensgrundlagen.

Sechstens schließlich legt die kapitalistisch (re-)produzierte Spaltung der Welt in Arm und Reich einen mehr oder weniger gewaltförmigen Ausschluss der Habenichtse von den Wohlstandsinseln so nahe, dass das Weltsystem bereits heute von Mauern und Stacheldrahtverhau durchzogen ist.

Wenn „die Wirtschaft“ anders lautender Beteuerungen und Manager-Bekenntnisse zum Trotz also ganz offensichtlich auf Demokratie auch verzichten kann und damit ihren Funktionsprinzipien nach als „rechtsoffen“ erkennbar wird, müsste „die Demokratie“ konsequenterweise wohl auch auf den Kapitalismus verzichten können. Einsichten in die Notwendigkeit einer sozialen wie ökonomischen Erweiterung der Demokratie dürften im Kampf gegen die faschistischen Demokratiefeinde jedenfalls weiter führen als die dem „kleineren Übel“ anhängenden Apologien des bürgerlich-liberalen Status quo. Eine Vorstellung einer Zukunft, in der ein gutes Leben für alle möglich ist, gilt es, der realen Dystopie entgegen, denkbar zu machen.

Diskursiv

Kunstecke



Illustration: Lila und Milch

Umfrage Klosterbesetzung

Aufruf zu Meinungen und Ideen zum besetzten Kloster – es winken tolle Preise!

Das ehemalige Karmelitinnen-Kloster in der Lousbergstraße 14 in Aachen stand lange Zeit leer und ist nun schon seit über drei Jahren besetzt. Mit der Besetzung wurde der Ort wiederbelebt. Zunächst gab es Treffen mit den Anwohnenden und viele Pläne, wie das große Gelände mit der Kapelle, den Höfen und Gärten, den zahlreichen Zimmern, Küchen und Aufenthaltsräumen genutzt werden kann. Viele Ideen von Wohnraum bis Kulturzentrum kreisten um das Kloster. Seit dem Beginn der Besetzung hat sich einiges getan. Derzeit bewohnt eine Gruppe von Leuten das Kloster und veranstaltet jeden Freitag um 19 Uhr eine für alle offene Kneipe. Nun zu mir. Ich bin zufällig ganz zu Beginn in die Besetzung geraten, habe mir den Namen Gurke gegeben und bin erst mal dort eingezogen. In der ersten Woche war ich von dem guten Zustand, der Aufbruchstimmung und dem unglaublichen Potenzial überwältigt. Leider wandelte sich die Begeisterung bald in wahnhafte Überforderung und ich konnte so nicht bleiben. Ich wohne mittlerweile selber nicht mehr in Aachen, doch das Kloster bleibt ein Thema, das mich immer wieder ziemlich umtreibt. Weil ich nach wie vor davon überzeugt bin, dass



es enorm viel Potential birgt. Mich interessiert, ob es anderen Leuten auch so geht und was Menschen darüber denken. Ich habe mir schon länger Gedanken darüber gemacht, wie so ein Austausch möglich sein könnte. Eine Umfrage mit Gewinnspiel sowie die Nutzung der Tacheles als Plattform erscheinen mir als gute Möglichkeiten, um verschiedene Perspektiven zusammenzubringen. Du kannst einen Text oder einen anderen kreativen Beitrag schreiben. Erzähle, was du über das Kloster denkst, was dieser Ort für dich ist oder was er sein könnte und was es dafür braucht.

Schicke deinen Beitrag bis zum 1. Oktober an Klosterumfrage@proton.me oder in einem Umschlag mit der Aufschrift „Tacheles – Kloster Umfrage“ an den Infoladen Aachen, Bismarckstraße 37. Unter den Einsendungen werden drei 20 €-Gutscheine für den queeren Buchladen Artemis und andere tolle Preise verlost. Mit deiner Zustimmung würde dann auch dein Beitrag in der Tacheles veröffentlicht werden. Auf dass das Kloster noch mehr belebt wird und sich eine gemeinsame Perspektive entwickelt.

Gurke

Lesung in Köln

M. K. Mashkour liest aus „Star Girl Space Boy“ und Auszüge aus ihrem neuen, unveröffentlichten Roman

Mirjam Kay Mashkour, kurz „Mkay“, ist freie Schriftstellerin aus Aachen. Für ihren Debütroman und ihr zweites Manuskript wurde sie mit dem Rolf-Dieter-Brinkmann-Stipendium 2024 ausgezeichnet. Die groteske Dystopie „Star Girl Space Boy“ (LeeBooks Verlag, 2024) handelt von einem karriere-besessenen Paar in einer technologisch weit fortgeschrittenen, doch emotional verkümmerten Cyberpunk-Welt. Mashkours zweiter Roman erzählt von einer Anarchistin, die unglücklicherweise in einem Verwaltungsjob beim Staat gelandet ist, wo sie Wohngeldanträge bearbeitet. Gemeinsam mit einem Kollektiv unterschiedlicher autonomer Gruppen besetzt sie ein ehemaliges Kloster, das von der korrupten Immobilienfirma dem Verfall überlassen worden war. Doch je erfolgreicher Lexis Aktivismus voranschreitet, desto mehr ist ihr Job und damit ihre Existenz gefährdet. Mashkour liest Auszüge aus ihrem Debüt und dem neuen, noch unveröffentlichten Roman.



Bild: © LeeBooks Verlag

Lesung von M. K. Mashkour im Rahmen von „Neumarkt – Nimm Platz“, eine Veranstaltungsreihe der Kölner Kulturförderung

Termin: 31. August 2025 um 17 Uhr
Ort: Neumarkt, Köln
Eintritt: frei

Damals – Jetzt

Teil 9: Nachruf auf Schmal: Linker, Anarcho „Engländer“ Weltenbummler

Wilfried „Schmal“ Clermont zählte zu den seltenen Originalen, wie man sie in der überaus konformistischen Stadt Eschweiler (Rheinland) kaum findet. Geboren und gestorben im Dorf Kinzweiler und geprägt von den Erfahrungen des Jahres 1968, hat er sein Leben lang gewirkt und blieb immer voller Zweifel gegenüber den Dingen. So hat er noch 2023 mit Erfolg der Stadt Eschweiler ein Blumenbeet an seiner Hausecke abgerungen. Ebenso wie er 1968 im Elektrobetrieb jedem Einwand seines Ausbilders gegen die satirische Zeitschrift PARDON entgegentrat. (Mehr über PARDON demnächst.) Seine Lebensfreude drückte er durch viele Feten und Konzerte und Urlaube aus. Schmal war aber auch eine kontroverse Existenz. Er verstand unter Lebensfreude auch eine blödsinnige, zuweilen fetischartige, Betrachtung von Frauen. So war er fasziniert von der Schauspielerin Uschi Glas, welche die Titelrolle 1968 in May Spils' (damals eine junge deutsche Filmregisseurin) „Zur Sache, Schätzchen“ spielte. Heutzutage erkennen wir darin eine Macke des Zeitgeistes. Das Risiko scheute er nicht. Spektakulär war seine Verhaftung durch die Kölner Streifenpolizei 1978 nach dem „The Strangers“-Konzert.

Die Bullen zertritten ihn und einen Kumpel aus dem PKW, weil der Wagen nach Hasch müffelte. Mitte der Sechziger zog er für eine Weile zu einer Tante nach Großbritannien. Dort fand er Anschluss an eine Jugend-Clique, welche unermüdlich die erste LP der „Small Faces“ hörte (siehe Abbildung). Außerdem stand er damals auf „The Troggs“ mit ihrem Hit „Wild Thing“, die er nach deren Star-Phase für RAMBA ZAMBA – die erste linke Kleinstadt-Zeitung in Eschweiler (1980–89) – interviewte. Seine Studienjahre in Krefeld verbrachte er mit linker Politik und wurde nicht graduiert. Es folgten zwei Jahre als Elektriker in Berlin. Es gelang ihm, Sauerkraut in Kambodscha herzustellen; dort eine Kegelbahn zu errichten, schaffte er hingegen nicht. Ein ereignisreiches Leben wie das von Schmal ist nicht in so knappe Worte zu fassen, etwas, das er mit Jinks Herberger (Geilenkirchen, gestorben 1991) gemeinsam hat. Er erlag am 11.4.2025 einer langjährigen Lungenerkrankung, die er sich als Kiffer zugezogen hatte. Seine Urnenbestattung auf dem Friedhof von Kinzweiler am 30.4.2025 zeigte nicht allein den Dorfleuten, was eine Harke ist. „Freunde von Schmal, kommt zusammen“, sagte die Modera-

torin der Bestattung. Neben den Riten des Buddhismus waren bei seinem Begräbnis noch zwei Lieder zu hören: David Bowies „Rebel Rebel“ sowie von The Strangers „There is Always the Sun“. Die Sonne schien auf die Trauergäste, als sie eine weiße Schnur in die Hand nahmen, zum Grab gingen und weiße Blüten hineinwarfen. Ich sagte ihm zum Abschied noch einmal „Destroy“, was er zu Lebzeiten witzig fand. Nächstes Mal mehr über den extrem kontroversen Schmal, der sich oft mit Eschweiler Stadtdirektor Härchen angelegt hat, über RAMBA ZAMBA – und ebenso über den Musiker Brian Wilson.

Schützt Sammlungen und Archive – doch tut das wirksamer als der Geschichtsverein Eschweiler, welcher unglücklicherweise im Hochwasser 2021 auch alle RAMBA ZAMBA-Produkte verlor. Erinnerungstücke sind der Weg zur Vergangenheit!



Theo Trickbeat

Aktivismus & Mutualismus

Die Ökonomie linker Gruppen

Hast du dich schon einmal gefragt: Wo sind eigentlich die Altlinken geblieben, die in vergangenen Jahrzehnten politische Bewegungen getragen haben? Haben sie sich etwa mit den herrschenden Verhältnissen abgefunden? Ich denke nicht. Vielmehr liegt die Vermutung nahe, dass sie schlicht nicht mehr die Zeit und Energie haben, um sich aktiv in linksradikalen Gruppen zu engagieren. Das Problem ist nicht ein Mangel an Idealen, sondern ein strukturelles Defizit innerhalb der Bewegungen selbst.

Linke Gruppen als Verlustgeschäfte

Viele linksradikale Gruppen fordern von ihren Mitgliedern mehr, als sie zurückgeben. Was Einzelne an Zeit, Energie und emotionaler Belastbarkeit in die Gruppen investieren, steht oft in keinem Verhältnis zu dem, was sie daraus mitnehmen können. Damit wird die Teilnahme an solchen Gruppen zu einem Privileg, das nur jenen offensteht, die über die entsprechenden

Ressourcen verfügen. Es entsteht eine Dynamik, in der Menschen mit wenig Kapazität oder hoher Belastung ausgeschlossen bleiben.

Diese Problematik ist zentral, denn sie schafft eine Distanz zwischen den Gruppen und der breiten Bevölkerung. Gruppen, die so operieren, bezeichne ich als „aktivistisch“. Sie basieren auf einem Modell, das großen Einsatz verlangt, aber kaum Spielraum für jene lässt, die nur begrenzt beitragen können, weil sie mit dem Kampf ums Überleben bereits ausgelastet sind.

Das Problem dieser aktivistischen Gruppen ist, dass sie keine gegenseitige Hilfe, d. h. Mutualismus, darstellen. Mutualismus würde bedeuten, dass alle Beteiligten von der Zusammenarbeit profitieren. Doch faktisch bleibt dieser Nutzen

Viele linksradikale Gruppen fordern von ihren Mitgliedern mehr, als sie zurückgeben.

für die Mitglieder der meisten Gruppen aus. Stattdessen entsteht eine Asymmetrie: Die Gruppe opfert sich auf, ohne dass ihre Hingabe in irgendeiner Weise ausgeglichen wird.

Zwar könnten diese Gruppen durch ihre Wechselwirkung mit der Umwelt zu mutualistischen Strukturen werden, aber das setzt voraus, dass ihre selbstlose Hingabe erwidert wird. In der Praxis geschieht dies jedoch selten. Die von solchen Gruppen bereitgestellten Dienste entlasten ihre Empfänger*innen nicht in einem Maß, das sie selbst zu weiterer Unterstützung befähigen würde. Das Ungleichgewicht bleibt bestehen.

Ich behaupte: Wenn linke Bewegungen wirklich in der breiten Bevölkerung verankert sein wollen, müssen ihre Strukturen mutualistisch werden. Organisationen müssen ihren Mitgliedern mehr Nutzen bringen, als sie kosten. Erst dann wird eine nachhaltige Beteiligung möglich, die über den engen Kreis von Privilegierten hinausgeht.

Das Problem liegt im Aufbau solcher Organisationen. Der initiale Aufwand ist enorm – oft um ein Vielfaches größer als die spätere Aufrechterhaltung. Dieser Umstand erschwert es weniger privilegierten Personen, die auf mutualistische Strukturen angewiesen wären, solche Organisationen aus eigener Kraft zu gründen.

Indirekte Aktion als Strategie

Hier kommt die aktivistische Linke ins Spiel.

Ich bin der Meinung, dass freie Kapazitäten viel stärker in den Aufbau zukünftig mutualistischer Organisationen fließen sollten. Der Leitgedanke, den ich vorschlage, lautet „Indirekte Aktion“. Statt einzelne Tropfen auf den heißen Stein zu setzen, sollten Aktivist*innen darauf abzielen, anderen den Weg zu bereiten. Der Fokus muss darauf liegen, Strukturen zu schaffen, die langfristig tragfähig und inklusiv sind. Nur so kann die radikale Linke ihre Ideen in der Gesellschaft verankern und eine breite Basis mobilisieren. Indirekte Aktion – das Schaffen von Möglichkeiten für andere – ist der Schlüssel zu einer inklusiven und wachstumsfähigen Bewegung.

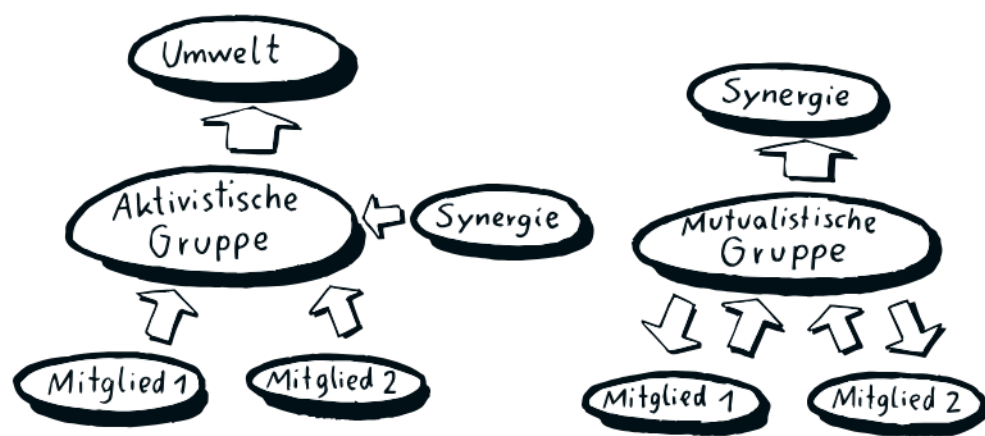
Joel

Wenn ihr Lust habt, könnt ihr über meine Mail oder meinen Blog Kontakt zu mir aufnehmen: «AcidCommunist_AC@proton.me» «linktree/ac_ac»

Literatur: *Unbeabsichtigte Folgen kollektiven Handelns*, Franz Heuholz 2024.

Timenergy: Why You Have No Time or Energy, David McKerracher 2023.

Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt, Peter Kropotkin 1902.



Gemüse im Kopf

Mikrobiom

An dieser Stelle gibt's Infos zu Essbarem und was sonst noch so dazugehört. Keine hohe Küche, sondern ganz simple Sachen. Schaut mal rein!

Seit ein paar Jahren geistert ein Begriff durch die üblichen Gesundheitsratgeber: Das Mikrobiom. Aber was ist das überhaupt und was hat es mit Gemüse zu tun?

Für manche klingt es vielleicht eklig, aber wir schleppen jede Menge kleine Begleiter mit uns herum, die man mit bloßem Auge nicht erkennen kann. In und auf unserem Körper leben unzählige Bakterien, Viren, Pilze und andere Mikroorganismen – und das ist in der Regel gut für unsere Gesundheit! Dieses komplexe System nennt man Mikrobiom, früher sagte man „Darmflora“ dazu. Es ist bei jedem Menschen bereits im Mutterleib vorhanden und so individuell wie ein Fingerabdruck.

Die größte Ansammlung von Mikroben befindet sich im Darm, dort unterstützen sie die Verdauung und produzieren Stoffe, die unter anderem vor Entzündungen schützen. Sie sind außerdem an der Bildung bestimmter Vitamine beteiligt und hemmen das Wachstum schädlicher Bakterien. Der Darm ist außerdem ein Zentrum des Immunsystems, durch den Kontakt mit den Mikroorganismen

werden die Immunzellen „trainiert“ und können entsprechend reagieren, wenn es zu einer Infektion kommt. Dafür ist es besonders wichtig, dass die Vielfalt der unterschiedlichen Bakterien erhalten bleibt und das ganze System im Gleichgewicht gehalten wird.

So richtig geklärt ist es noch nicht, aber alles deutet darauf hin, dass das Mikrobiom große Auswirkungen auf unsere körperliche und psychische Gesundheit hat. Seine Zusammensetzung und Funktion sind von vielen Einflussfaktoren abhängig, die im schlechten Fall dazu führen können, dass wir Verdauungsprobleme bekommen oder sogar ernsthaft erkranken.

Zu den schlechten Einflussfaktoren gehören die

üblichen Verdächtigen, also Alkohol, Rauchen und ein Mangel an Bewegung. Natürlich spielt auch die Ernährung eine Rolle und hier kommt (unter anderem) das Gemüse ins Spiel.

Was also braucht das Mikrobiom, um gut zu funktionieren? Neben einem möglichst gesunden Lebensstil mit regelmäßiger Bewe-

gung und ohne übermäßigen Stress (jaja...) wirken sich Art und Menge der Kohlenhydrate, Eiweiße und Fette, die wir essen, auf die Darmbakterien aus. Einfache Kohlenhydrate wie Haushaltszucker oder Brot aus weißem Mehl werden bereits im oberen Abschnitt des Verdauungstrakts verstoffwechselt und kommen kaum im Dickdarm an. Sie stehen den Darmbakterien also nicht zur Verfügung, sondern verursachen noch ganz andere Probleme, wie zum Beispiel einen zu schnellen Anstieg und auch wieder Abfall des Blutzuckers, was nicht gesund ist und zu einem mangelnden Sättigungsgefühl führt. Aber das ist wieder ein ganz anderes Thema.

Anders sieht das mit komplexen Kohlenhydraten aus, die zum Beispiel in Vollkornbrot stecken. Auch sogenannte sekundäre Pflanzenstoffe, die etwa in Obst und Gemüse enthalten sind,

teuer verkaufen kann.

Dabei ist das gar nicht nötig, denn

die Natur bietet jede Menge gesunde Sachen, die man günstig bekommt, Gemüse steht da ganz oben auf der Liste – am besten frisch oder zumindest nicht völlig totgekocht.

Also lasst euch nicht vom einen oder anderen Darmgeräusch oder -geruch irritieren – Gemüse ist immer gut, in möglichst vielen unterschiedlichen Arten und gerne so oft wie möglich. Am besten ist es außerdem, nicht zu viel normalen Zucker zu essen und vor allem zwischendurch mal längere Esspausen einzulegen, damit die kleinen Helfer mal zur Ruhe kommen und Zeit für ihre eigene Verdauung haben. Dann sollte auch das Mikrobiom im Lot sein!

Ike

Prosa

Klimaaktivistin

Ich weiß, du verachtest mich. Ich bin dein Endgegner. Deine Dystopie. Ich bin das Ergebnis zu vieler Fehlentscheidungen. Du fürchtest dich vor mir. Oder viel mehr vor dem, was ich symbolisiere. Wofür ich stehe. Und das Schlimmste. Ich bin unumkehrbar. Werde nie wieder verschwinden, aber unendlich oft wiederholt werden. Du schaust mich an. Und du könntest in mir einen Menschen sehen, der eine andere Politik fordert. Du könntest in mir einen Menschen sehen, dessen Argumente man diskutieren kann. Du könntest mir zustimmen oder das anders sehen. Du könntest das, was ich fordere, auch einfach nur feiern oder für bescheuert erklären. Aber das tust du nicht. Du denkst an die Männer, die vor dir am Zug waren – und an ihr Versagen. Denn das sind alle unsere vergangenen Erfolge für dich. Eine Aufreihung männlicher Fehlentscheidungen und Schwäche. Du denkst, mann hat mir das Wahlrecht zugestanden. Mann habe mir zugestanden, meine eigene Zustimmung erteilen zu müssen, um mit einem Partner Sex zu haben und nicht mehr die Einwilligung desselben zu brauchen, um meiner Lohnarbeit nachzugehen (zumindest nicht die juristische). Mann habe „Me Too“ über sich ergehen lassen und Mann hat auch schon mal vom gender pay gap gehört. Aber irgendetwas scheint dir außer Kontrolle geraten. Wann war der Punkt, an dem Mann nicht mehr entschied, wie viel Emanzipation ihm gefällt? Wann war der Punkt, als sie sich einfach nahm, was sie wollte? Fragst du dich, während du mich anschaust. Und ich frage mich, wie viele Gedanken du auf die Forderung auf meinem Banner anstatt auf mein Geschlecht verwendet hast. Menschen mögen keine Veränderung. Das verstehe ich. Ich bin keine Veränderung. Ich bin normal. Ich war immer schon die junge Frau mit dem Banner. Ich bin Klimaaktivistin. Ich habe die letzten 25 Jahre damit verbracht, den Kipppunkten beim Kippen zuzuschauen. Jetzt stehe ich hier zwischen dir, einem Passanten/einem Polizisten/einem Politiker/einem Journalisten/einem Angestellten/einem Chef und einem Kohlebagger/einem Kranschiff/einem Baum/einer Weide/einer Eingangstür/einem Denkmal oder einer Bühne. Ich versuche dich zu überzeugen, dass wir das Kippen stoppen müssen. Doch für dich bin nur ich der Kipppunkt. Dein ganzes Weltbild schaukelt in dem Moment, in dem wir uns begegnen. Wann war der Punkt? Wie ist es so weit gekommen? Das fragen wir uns beide – ich meine schmelzende Permafrostböden und

einen vertrocknenden Regenwald, du meinst patriarchale Rollenverteilung und heterobinäre Normen. Du verachtest mich, weil ich mir das Recht nahm, zu kämpfen. Und es mir niemand gegeben hat. Niemand mir erlaubt hat, das zu tun, was ich jetzt tue. Und weil ich ja sogar noch Recht habe. Ich halte dir eine unbequeme Wahrheit entgegen, doch bin mehr noch die bittere Erkenntnis, dass ihr uns nicht mehr kontrollieren könnt. Ich bin gekippt. Meine Freund*innen sind gekippt. Meine Mutter, meine Kolleg*innen, meine Schwestern und Genoss*innen haben einen Kipppunkt überschritten. Du verachtest mich, weil ich Klimaaktivistin bin. Und damit bin ich für dich eine der vielen Ausprägungsformen von Frau*, die sich deiner Kontrolle entziehen. Du fürchtest, ich wolle dir etwas wegnehmen. Und du traust mir nicht zu, völlig autonom und im Begriff aller meiner geistigen Kräfte zu dem Schluss gekommen zu sein, dass das 1,5-Grad-Ziel unserer Debatte bedarf. Und so begegnen wir uns. Ich stehe vor dir und fordere eben dies. Mehr Kontrolle. Über CO2-Emissionen, Lieferketten, Düngemittel und Mietpreise. Während dir das, was du an Kontrolle glaubtest innezuhaben, zwischen den Fingern zerrinnt.

Du fürchtest mich. Ich fürchte dich. Denn ich habe in den letzten 25 Jahren cis-Männern dabei zugeschaut, wie sie gegen manchen Kipppunkt kämpfen und andere weiter vorantreiben. Ihre Bemühungen erlebt, uns kontrollierbar zu halten. Ich fürchte dich zurecht, denn ich trage viele Narben. Jede einzelne davon ein klein wenig offen. Doch ich kenne dich. Ich begegne dir jeden Tag. Sehr oft sogar in meinen eigenen Reihen. Unter meinen Brüdern und Genossen. Du weißt das nicht, denn in deinen Augen sind meine Brüder alle schwach und verweichlicht. Das würde ich mir wünschen. Doch manche meiner Schwestern stehen heute nicht mehr an meiner Seite, weil meine Genossen eben nicht schwach und verweichlicht sind. Weil sie genauso übergriffig und bedrohlich sein können, wie es deinem Begriff von Männlichkeit Ehre machen würde. Weil sie mir genauso ins Wort fallen und erklären, was meine Aufgabe sei. Weil ich hart sein muss, wenn ich geboxt werde und nicht weinen soll, wenn ich geliebte Orte verliere. Weil für Kinder kein Platz ist und ich bürgerlich werde, sobald ich mit Nachwuchs auf eine Demo gehe. Ich bin es so leid. Ihre leeren Phrasen von feministischer Solidarität, gefolgt von der bitteren Erkenntnis nirgendwo frei und sicher zu sein,

die mir auf Schritt und Tritt folgt. Und ich bin dich so leid und deinen spöttischen Blick. Ich bin euch alle so leid, manchmal so sehr, dass ich nicht mehr sagen kann, wer Genosse ist und wer nicht. Das macht mich müde. Eigentlich möchte ich nur sehr lange schlafen und aufwachen, wenn meine Narben zu blassen Strichen verheilt sind. Aber die Erderwärmung hat bereits 1,5 Grad erreicht. Die Insekten verschwinden, die Vögel verschwinden. Menschen verschwinden. Und ich kämpfe und protestiere, ich blockiere und schreie in Mikrophone. Ich organisiere, telefoniere und poste. Ich spraye und male, ich paddle, ich fahre kreuz und quer durchs Land und lerne alle 1000 verschiedenen Arten, ein Banner in eine Kamera zu halten. Gelegentlich begegnet sie mir. Eine queerfeministische Wucht, von der ich glaube, dass sie Patriarchat und Klimakrise zerschlagen kann. Dann bin ich glücklich. Davon zehre ich. In den Momenten, in denen diese Wucht fehlt. In diesem Moment, in dem ich dir begegne. Ich weiß, du verachtest mich. Jetzt. Aber wenn deine Lieblingstierart dran ist, dein Haus überflutet, dein Urlaubsort brennt – dann wirst du dankbar sein für jedes Zehntelgrad, dass ich für uns erkämpft habe. Und wenn du erleben wirst, dass dein Sohn die Söhne anderer Männer liebt, wirst du dankbar sein, zu wissen, dass schwul kein Schimpfwort ist. Und wenn du es zulässt, ein klein wenig schwach und verweichlicht zu werden, dann wirst du Menschen erleben, die dir Zuwendung zeigen und es wird dir guttun. Ich erwarte nicht, dass du mich magst. Ich erwarte nicht, dass du mir zustimmst. Du bist nur ein lyrisches Du, das in vielen meiner Leser ein zu Hause finden wird. Du könntest ein Hater im Internet oder auf der Straße sein. Vielleicht bist du aber auch der Mann neben mir, der das andere Ende vom Banner hält. Du brauchst mich nicht zu fürchten. Du brauchst mich nicht zu kontrollieren. Denn ich bin eh unumkehrbar. Werde nie wieder verschwinden, aber unendlich oft wiederholt werden. Die Klimakrise ist größer, mächtiger und tödlicher als ich und als du. Wir können sie nur gemeinsam bekämpfen. Ich weiß, du verachtest mich. Jetzt. Aber ich verachte dich nicht. Ich halte nur ein Banner. Und würde gerne mit dir darüber diskutieren.



(Illustration: Stups)

Gandalf

Essen ist politisch!

Eine gute Ernährung ist (über-) lebenswichtig. Trotzdem ist es ein großes Privileg, sich das Essen leisten zu können, was mensch gerne essen möchte – und das auch in Deutschland. Denn Lebensmittel werden immer teurer und bei denjenigen, die eh schon wenig Geld haben, wird es noch knapper. Vor allem, wenn du Wert auf regionales, umweltfreundlich produziertes oder hochwertiges Essen legst, merkst du, dass es immer schwerer wird, sich das leisten zu können. Anders gesagt: deine Gesundheit, dein Leben hängt davon ab, wie viel Geld du hast. Jetzt werden einige sagen, dass in Deutschland keine*r verhungert und es ja Sozialhilfeangebote wie die Tafel gebe, die betroffenen Menschen helfen würden. Aber zum einen macht es wenig Sinn, sich ein globales Problem nur auf nationaler Ebene anzuschauen und zum anderen sind Sozialhilfeangebote höchstens eine Symptombekämpfung (und meistens stark überlastet), aber keineswegs eine Lösung. Denn das eigentliche Problem besteht in der Ungleichheit der Ressourcenverteilung. Während jeden Tag 733 Mio. Menschen an Hunger leiden, werden alleine in Deutschland pro Tag

etwa 30.137 Tonnen an Lebensmitteln weggeschmissen. Nicht, weil sie schlecht geworden sind, sondern meistens, weil das Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten ist, im Supermarkt Platz für die neue Lieferung gebraucht wird, die Oster-, Weihnachts- oder Valentinstagssaison vorbei ist, Obst und Gemüse nicht dem optischen Ideal entsprechen oder ein Teil von vielen in einer Packung schlecht geworden ist. Teilweise geben Supermärkte ihre Reste auch an die Tafel, Foodsharing oder Too Good To Go ab, aber der Großteil landet immer noch in den Tonnen hinter den Gebäuden. Und Menschen, die sich der Lebensmittelverschwendung entgegenstellen, werden immer noch kriminalisiert. „Containern“ oder „dumpster diving“ ist laut Gesetz

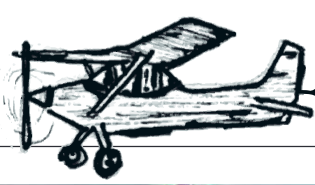
Diebstahl (im Wert von 0 €) und je nachdem auch Hausfriedensbruch. So wurden 2022 in Ravensburg zwei Aktivist*innen zu jeweils zehn Sozialstunden verurteilt. Dabei ist Containern eine der am einfachsten und schnellsten umzusetzenden Aktionen gegen Lebensmittelverschwendung und für ein gutes Essen für alle. Denn Lebensmittel sind keine Luxusartikel! Aber Containern stellt das Eigentumsrecht in Frage und damit unser ganzes kapitalistisches Gesellschaftskonzept. Und ist das Konzept, dass Menschen Leistung (die unterschiedlich belohnt wird) erbringen (oder erben) müssen, um leben zu können, nicht grundlegend falsch?



(Illustration: Privat)

Denn wenn jeder Wald, jede Straße, jeder noch so kleine Gegenstand eine*n eindeutig zuordenbaren Eigentümer*in haben muss, muss auch der Müll von irgendwem besessen werden. Das Containern lässt das Eigentum einer Firma, die das Essen nicht mehr braucht, in das Eigentum der Gemeinschaft übergehen, wo es tatsächlich noch verwertet werden kann. Es führt zu einer Verteilung nach Bedarf statt nach Leistung und Kapital. Das stellt das kapitalistische Grundkonzept in Frage. Ob das nun ein Problem ist, könnte eins wohl als „Ansichtssache“ abstellen, aber dass das Leben von Menschen an deren Leistung (die unterschiedlich belohnt wird) oder deren Glück beim Erben hängt, kann doch wohl keins als fair betrachten, oder? Also lassen wir uns nicht aufhalten! Mensch kann aufgrund von Vorhängeschlössern und Müllpressen zwar nicht bei jedem Laden containern, aber bei genug, um alle Leser*innen dieser Zeitung dauerhaft zu versorgen. Vielleicht ergänzt ja der*die ein oder andere das nächste Koch-Date um einen kleinen Ausflug mit Stirnlampe und Rucksack.

anonym



Imkes Horoskope gibt es jetzt auch bei Instagram! @imkes_horoskope

Krebs (22.06. – 22.07.): Sekt-Guave ist das Köstlichste, was du seit langem probiert haben wirst. Ab damit auf die nächste AZ-Party. Oder umdrehungsfrei einfach als Schorle genießen.

Löwe (23.07. – 23.08.): Zu viel am See gechillt? Wasser im Ohr ist sau nervig. Ab und zu mal auf dem linken Bein hüpfen und den Kopf stark schütteln soll helfen.

Jungfrau (24.08. – 23.09.): „Männer Männlichkeit und Liebe“ ist ein perfektes Buch. Du fühlst dich angesprochen? Dann ab in den Infoladen Aachen und Buch lesen!

Waage: (24.09. – 23.10.): Über seinen eigenen Schatten springen ist einfacher, als den Teufel an die Wand zu malen.

Skorpion (24.10. – 22.11.): Support your local Antifa heißt nicht, tausend gedrehte Kippen zu rauchen und Bier zu trinken.

Schütze (23.11. – 21.12.): Denk an deine Zimmerpflanzen! Besser jetzt umtopfen, sie werden es dir danken.

Steinbock (22.12. – 20.01.): Achtung! Die Selbstbedienungskassen nutzen jetzt Kl. Sei vorsichtig – Klaufen ist jetzt deutlich schwieriger.

Wassermann (21.01. – 19.02.): Manchmal hat man mit seinen Entscheidungen auch einfach ver-kackt. Sich einen Fehler einzugestehen, schadet nicht.

Fische (20.02. – 20.03.): Kümmere dich jetzt schon mal um Zelt und Isomatte. Das nächste Festival steht vor der Tür.

Widder (21.03. - 20.04.): Sich in der Szene zu zerfleischen hat's noch nie gebracht. Was kannst du dazu beitragen, damit das aufhört?

Stier (21.04. – 20.05.): Wer feiern kann, kann auch ausschlafen! Festivalsommer schön und gut, aber auch Zeit nehmen fürs Ausruhen.

Zwillinge (21.05. – 21.06.): Tu nicht so cool und lass mal ein paar Feelings zu! Dein Verhalten wirkt sich besonders auf deine Freundschaften aus.

Gedicht

Der Revoluzzer

Der deutschen Sozialdemokratie gewidmet

War einmal ein Revoluzzer,
im Zivilstand Lampenputzer;
ging im Revoluzzerschritt
mit den Revoluzzern mit.

Und er schrie: „Ich revolüzze!“
Und die Revoluzzermütze
schob er auf das linke Ohr,
kam sich höchst gefährlich vor.

Doch die Revoluzzer schritten
mitten in der Straßen Mitten,
wo er sonst unverdrutzt
alle Gaslaternen putzt.

Sie vom Boden zu entfernen,
rupfte man die Gaslaternen
aus dem Straßenpflaster aus,
zwecks des Barrikadenbaus.

Aber unser Revoluzzer
schrie: „Ich bin der Lampenputzer
dieses guten Leuchtelichts.
Bitte, bitte, tut ihm nichts!

Wenn wir ihn' das Licht ausdrehen,
kann kein Bürger nichts mehr sehen.
Lasst die Lampen stehn, ich bitt! -
Denn sonst spiel ich nicht mehr mit!“

Doch die Revoluzzer lachten,
und die Gaslaternen krachten,
und der Lampenputzer schlich
fort und weinte bitterlich.

Dann ist er zu Haus geblieben
und hat dort ein Buch geschrieben:
nämlich, wie man revoluzzt
und dabei doch Lampen putzt.



Aus: Erich Mühsam: Das seid Ihr Hunde wert!
Verbrecher Verlag Berlin, 2018. ISBN 978-3-9431-6784-9. 19 €.

Erich Mühsam, 1978 in Berlin geboren, war Dichter und politischer Publizist. Er war maßgeblich an der Ausrufung der Münchner Räterepublik beteiligt, wofür er zu 15 Jahren Festungshaft verurteilt wurde. 1933 wurde er erneut verhaftet und dann am 10. Juli 1934 im KZ Oranienburg ermordet.

Hier findest du die neuste Ausgabe der Tacheles

- AZ Aachen, Hackländerstraße 5
- Aachen Unverpackt, Friedrich-Wilhelm-Platz 5-6
- Artemis Books, Kleinmarschierstr. 30
- Bar Cantona, Bismarckstr. 47
- Bastei Kiosk, Krefelder Str. 3
- Café Soleil, Viktoriastr. 56
- Campus Boulderhalle, Tempelhofer Str. 16
- Infoladen Aachen, Bismarckstr. 37
- Gleis 8, Theaterstr. 83
- Pfannenzauber, Suermondtplatz 12
- Raststätte, Lothringerstr. 23



Lösung Kreuzworträtsel Tacheles Nr. 16



Das Lösungswort war: „Gegenmact“.

Fehlerteufel

„Hehehehe
ich hab das
,h' geklaut!“



Impressum

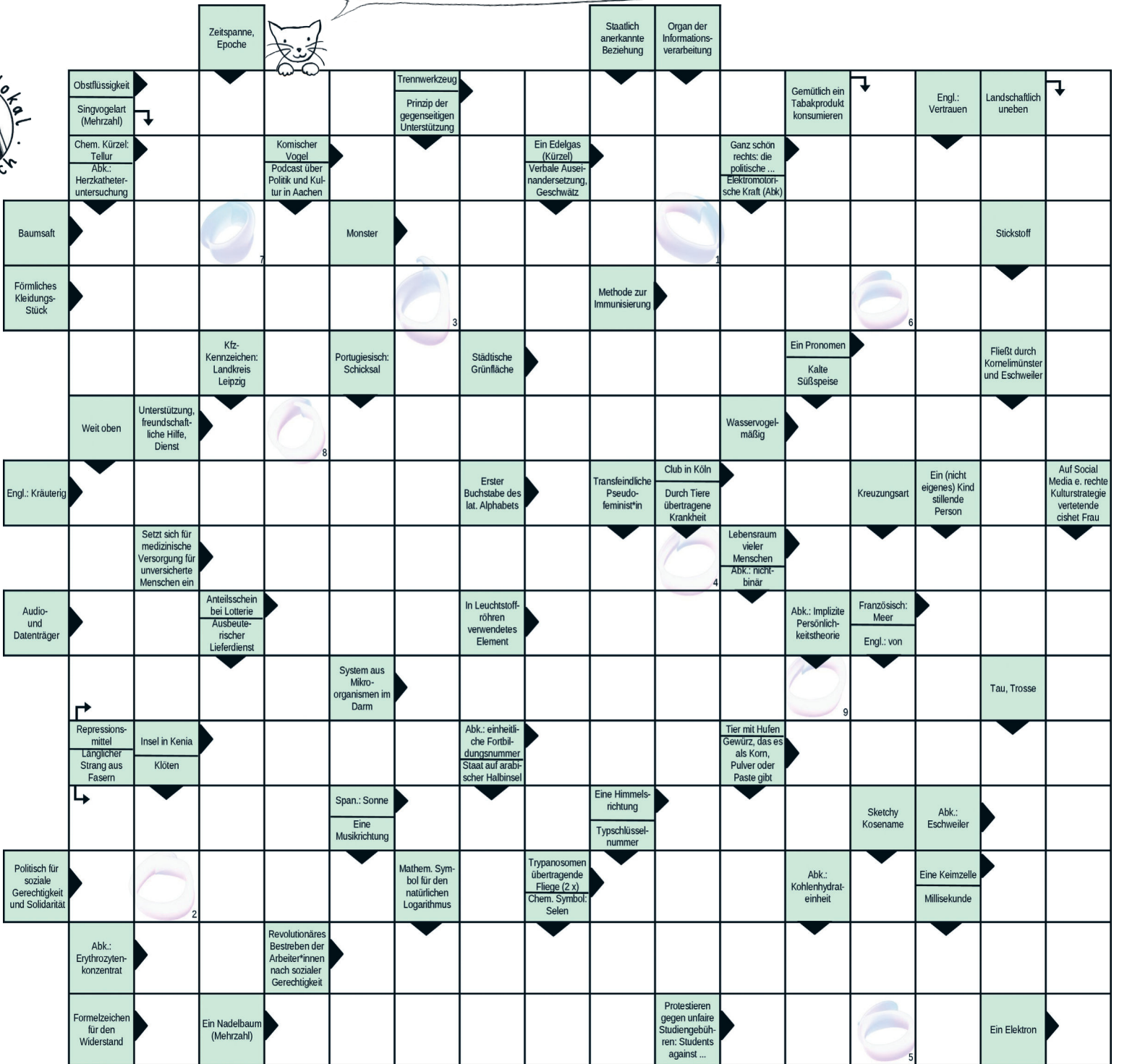
Zeitungskollektiv Tacheles Aachen
tacheles-aachen@riseup.net
tacheleszeitung.noblogs.org

Tacheles Nr. 17, Juli 2025 - Auflage 900 Stück

Vi.S.d.P.: Miriam Schmidt
Ahornstr. 25, 52074 Aachen

Die Verteller*innen der Zeitung sind nicht identisch mit den Herausgeber*innen. Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den*die Adressat*in Eigentum des*der Absender*in. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe von Gründen an den*die Absender*in zurückzusenden.

Kreuzworträtsel



Zu dieser Ausgabe haben beigetragen

